

Die „Welt“ erscheint täglich einmal, Samstags und Sonntags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Frei-Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Abnahme im Voraus monatlich 2.— M. In den Monaten Februar, im voraus zahlbar. Alle Verträge werden durch die Vorstandsmitglieder ausgeführt. Unter dem Namen „Welt“ werden in Deutschland, Ungarn, das Saar- und Rheingebiet sowie in anderen deutschen Gebieten, in Belgien und Frankreich 20.— M., in das übrige Ausland 22.— M. bezogen. Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 200

Die Jahrgangswerte Monatshefte über den Raum kosten 5.— M. einschließlich Anzeigenhefte. Klein-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigenhefte. Ausland: Anzeigen zum Tarif, Monats-Anzeigen und Zeitungs-Beilagen 1.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Beilagen in Wort-Anzeigen: das eingedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# FR I E H E P I T

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Dr. Wirth über den Eisenbahnerstreik

## Die Ausnahmeverordnung aufgehoben / Der Streik als „Revolte“ / Unterdrückung der Kritik

Im Reichstag sollte gestern die Aussprache über den Eisenbahnerstreik und die Ebertsche Ausnahmeverordnung stattfinden. Noch am Dienstag hatte die Deutsche Volkspartei diese Aussprache stürmisch verlangt. Gestern aber wurde sie verhindert und zwar auf doppelte Weise.

Die Verordnung Eberts, so wurde bei Beginn der Sitzung bekanntgegeben, sei mit Wirkung von gestern mittag aufgehoben. Es wurde somit die Beratung der von den Unabhängigen und den Kommunisten gestellten Anträge auf Aufhebung gegenstandslos. Nach der Rede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth aber wurde die Sitzung gegen den Protest der Unabhängigen und Kommunisten abgebrochen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der darauf abzielende Antrag, der sogar die Unterstützung der Rechtssozialisten fand, mit der Absicht verbunden war, der Rede des Reichsfinanzministers, die nun ohne jede Kritik ins Land hinausgeht, höhere Wirkung zu verschaffen. Mit vollem Recht wies Genosse Ledebour in seinem scharfen Protest gegen diese Kundtötung der Opposition darauf hin, daß man sich damit über den Grundsatz hinwegsetze, daß eines Mannes Rede keine Rede sei. Das half aber alles nichts, die Mehrheit blieb fest.

Die Rede des Reichsfinanzministers, die nach eingehenden Beratungen des Gesamtkabinetts gehalten wurde, schlug die schärfsten Töne an. Sie steht in offenem Gegensatz zu der mehr veröhnlich scheinenden Haltung und seinen Versprechungen während des Streikes. Sie wird nicht nur bei den Streikenden, sondern auch bei den Arbeitern, die die Streikführung nicht billigen, den ungünstigsten Eindruck erwecken. In ihr war alles zusammengetragen, was sich an berechtigten und unberechtigten Gründen gegen den Streik der Eisenbahnbeamten sagen läßt. Dagegen war nichts in ihr enthalten, was den Eindruck hätte vermitteln können, daß der Reichsminister noch etwas von jenem Verständnis für die sozialen Kämpfe der Arbeiter in sich trage, das er bei früheren Gelegenheiten betont hatte. Die Staatsautorität über alles, bedingungslose Unterordnung der Beamten, das war der Grundton seiner Rede. Von diesem Gesichtspunkt waren seine einleitenden Bemerkungen über den Zusammenhang zwischen der Außenpolitik und unserer inneren Lage eingegeben, und von diesem Standpunkte aus belegte er auch den Streik mit den schärfsten Worten, sprach von ihm als Revolte, als Aufstand und als Aufruhr.

Hatte Wirth hiermit schon den stürmischen Widerspruch auf der Linken hervorgerufen, so steigerte dieser sich, als Wirth sich zu der Erklärung veranlaßt sah, daß die Kernprobleme beizuhaltenden Frage des Streikrechts der Beamten zuwandte. Er verneinte ohne jede Einschränkung ein Streikrecht der Beamten, denn die Beamten seien Organe der Regierung, und wenn sie die Arbeit verweigern, würden sie einfach diese Eigenschaft verlieren.

Aber nicht nur das, was Wirth gesagt hat, sondern auch das, was er zu sagen unterließ, kennzeichnet die Situation. Er, der bei den Verhandlungen, die zum Streikabbruch führten, die Zusicherung gegeben hatte, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden sollten, der sich dafür einzusetzen versprach, daß der Geist der Veröhnlichkeit die Entscheidungen des Reichskabinetts tragen werde, sagte jetzt, wo er im Namen der Regierung sprach, auch nicht ein einziges Wort über die Ausführung dieses Versprechens bezüglich der Wiedereinstellung der Streikenden und zu den Maßregelungen. Daß muß den Eindruck wecken, daß die Regierung sich jetzt nicht mehr an die Wirthschen Versprechungen gebunden erachtet, sondern von der Macht Gebrauch machen will, die ihr der Abbruch des Streiks und die völlig unzureichenden Sicherungen, die die Reichsgewerkschaft dafür erhalten hatte, verschaffte.

Wenn deshalb der Abgeordnete Stresemann in der Geschäftsordnungsdebatte zur Rechtfertigung des Antrags auf Vertagung der Aussprache davon sprach, daß die Rede Wirths ein politischer Akt sei, zu dem erst die Fraktionen Stellung nehmen müssen, so ist diese Kennzeichnung vollkommen richtig. War das Steuerkompromiß das erste sichtbare Anzeichen dafür, daß in der Innenpolitik der Kurs nach rechts gesteuert werden soll, so ist die jetzige Haltung der Regierung, die die lebhafteste Zustimmung der Deutschen Volkspartei wird nicht zögern, ihre Konsequenzen daraus zu ziehen und ihre Ansprüche geltend zu machen.

### Sitzungsbericht

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 3 Uhr 30 Min. und teilt mit, daß die für den 7. Februar angeordnete Sitzung des Reichstags ausfallen mußte, weil ein großer Teil der Abgeordneten den Reichstag aus Anlaß des Verkehrsstreiks nicht erreichen konnte. Er gibt ferner bekannt, daß an Stelle der verstorbenen Genossin Fick der Genosse Wilhelm Hoffmann in den Reichstag eingetreten sei. Im weiteren berichtet er, daß die Verordnung des Reichspräsidenten aus Anlaß des Streiks der Eisen-

bahner mit dem heutigen Tage außer Kraft gesetzt ist (Lebhaftes Hört! Hört! auf der Linken) und damit die Anträge auf Aufhebung der Verordnung ihre Erledigung gefunden haben, mithin nicht mehr zur Debatte stehen. (Lebhafter Widerspruch auf der Linken. — Gelächter rechts.)

Abg. Hoffmann (K. A. G.): Wir beantragen, der Reichstag solle beschließen, daß die anläßlich des Eisenbahnerstreiks eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen Beamte sofort einzustellen und neue Disziplinarverfahren nicht einzuleiten sind. Einzel- oder Massenentlassungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten anläßlich des Streiks bei der Eisenbahn, Post oder in Staatsbetrieben sollen nicht erfolgen, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten eingeleitete Strafverfolgungen niederzuschlagen und neue nicht eingeleitet werden.

Präsident Ebert bemerkt, im Reichstag sei wiederholt, erst kürzlich noch vom Abgeordneten Ledebour, die Auffassung vertreten worden, daß bei Einbringung neuer Anträge eine gewisse Frist bis zur Beratung gelassen werden müsse. Das treffe auch auf den Antrag Hoffmann zu.

Abg. Ledebour (L. S. P.): Ich treue mich, feststellen zu können, daß der Präsident des Reichstags mir in meinem Protest gegen das frühere Verfahren recht gegeben hat. Aber in diesem Falle glauben wir, daß es im Gesamtinteresse des Hauses liegt, daß dieser Antrag sofort zur Verhandlung kommt. Der Reichsminister und die Reichsregierung haben selber das dringende Bedürfnis, sich darüber auszusprechen. Sie sind hierher geeilt, damit ihnen niemand zuvor kommen kann. Wir glauben auch, daß der Reichsminister mit der sofortigen Erörterung dieses Antrages einverstanden sein wird, vielleicht auch mit dem sachlichen Inhalt. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie mit dem sachlichen Inhalt nicht einverstanden sein sollten, werden wir zweifellos alle darüber einverstanden sein, daß die Sache grundsätzlich von allen Seiten hier erörtert werden soll. Wir bitten deshalb, dem Antrage Hoffmann stattzugeben, den ich noch dahin ergänze, daß dieser Antrag mit der Erklärung des Reichsministers auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Präsident Ebert: Daß sachlich dieser Antrag zum Gegenstand der Tagesordnung gehört, ist nicht zu bezweifeln. Ich frage aber, ob damit eine andere Rednerfolge herbeigeführt werden soll. Wenn das nicht der Fall ist, spricht nichts gegen den Antrag auf Verbindung der Erklärung der Reichsregierung.

Abg. Hoffmann (K. A. G.) erklärt sich mit der vorgesehenen Rednerfolge einverstanden. Widerspruch gegen die Verbindung des Antrags mit der Tagesordnung wird nicht erhoben.

### Die Erklärung der Reichsregierung

Reichsminister Wirth: Die Wendung, die die Reparationsfrage genommen hat, die der Welt aufdämmende Erkenntnis, daß die Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau gesichert werden muß, wenn nicht die ganze Welt zugrunde gehen soll, die Tatsache, daß wir vor kurzem einen entscheidenden Schritt in dieser Frage getan haben, müssen dem ganzen Volke zur Pflicht machen, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder wenigstens die Arbeit der Regierung nicht leichtfertig zu stören. An dieser von uns betonten Pflicht, die von jedem einzelnen Deutschen in jedem Beruf und jeder Klasse die strengste Selbstzucht fordern, ist in der letzten Zeit schwer und freventlich gesündigt worden. Nicht durch politische Parteien, sondern gerade von Elementen, die nach Tätigkeit und Stellung, die sie im Staate einnehmen, in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu schützen, keine Not mitzuführen, die Lage des Staates mit der ihrigen zu identifizieren und ihm in politisch unruhigen Zeiten festen Halt zu geben. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Eisenbahnbeamten, ein Vorgang, den man im gewöhnlichen Wirtschaftsleben Streik nennt, muß ich als eine

### Revolte in der Beamenschaft

bezeichnen. (Lebhaftes Hört, Hört! auf der Linken.) Die Beamten mußten wissen, daß sie damit die Außenpolitik Deutschlands in größte Gefahr bringen konnten. Am 24. Januar erhielten wir erstmals die Mitteilung von den Absichten der Reichsgewerkschaft. Diese Nachrichten veranlaßten den Reichsverkehrsminister, allgemein zu der Aufforderung an die ihm unterstellten Organe, gegen diese Bestrebungen der Beamten die volle Kraft zu entsenden, daß bei Dienstverweigerung Disziplinarmaßnahmen eintreten müßten. Die von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner erhobenen Forderungen waren eine Wiederholung der am 3. November gestellten Forderungen des Beamtenbundes, der eine automatische Anpassung der Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes und die Verhinderung des Arbeitszeitgesetzes forderten, außerdem die Aufhebung aller Erlasse und Anordnungen über die Einschränkung des Achtsundzweigtages. Diesen Forderungen wurde von der Reichsgewerkschaft ultimativer Charakter gegeben. Sie hielten eine Frist von fünf Tagen. Am Sonnabend, den 28. Januar, erging eine Anweisung an alle Eisenbahnbehörden für das Verhalten im Falle eines Streikausbruchs. Am 30. Januar gab die Reichsregierung eine Erklärung an die Presse, in der unter Hinweis auf die von ihr in Aussicht genommenen Belohnungsmaßnahmen

### Das Vorgehen unverständlich und unverantwortlich

bezeichnet und zum Ausdruck gebracht wurde, die Regierung werde gegen jeden schuldigen Beamten einschreiten und schuldigen Beamten mit allen Mitteln Schutz angedeihen lassen. Mit Beginn des 2. Februar setzte der Streik ein. Die Arbeiterschaft beteiligte sich nicht daran. Auch unter den Beamten beschränkte er sich im allgemeinen auf das Lokomotivpersonal. Die Zentrale des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärte sich gegen den Streik. Noch am gleichen Tage gingen Erklärungen aus Süd-

deutschland ein, daß der Streik abgelehnt sei. Dasselbe erfuhren wir aus Mecklenburg, aus den besetzten Gebieten und aus dem ober-schlesischen Gebiete Rattowitz. Der Reichsverkehrsminister erließ eine Anweisung auf Einziehung der Technischen Rothilfe. Der Personen- und Güterverkehr war völlig stillgelegt worden.

### Das Einsetzen der Technischen Rothilfe

machte sich sehr rasch bemerkbar. In den folgenden Tagen zeigte sich der Erfolg der angeordneten Maßnahmen in stets zunehmendem Maße. In Berlin wurde eine starke Störung dadurch herbeigeführt, daß die Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes gegen die ausdrückliche Anordnung des Vorstandes beschloß, in den Streik zu treten. Die Spitzenorganisationen erließen einen Aufruf, der den Streik scharf verurteilte. Der Deutsche Beamtenbund, der anfänglich zögernd gefolgt war, schloß sich an. Sonntag, den 5. Februar, nachdem auch die Arbeiter der Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen in den Streik getreten waren, lehnte die Reichsregierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft ausdrücklich ab, erklärte sich aber bereit, mit den Spitzenverbänden, einschließend des Deutschen Beamtenbundes, in Verhandlungen einzutreten, an denen sich auch solche Mitglieder der Reichsgewerkschaft beteiligen konnten, die dem Vorstand des Beamtenbundes angehören und sich von Anfang an gegen den Streik erklärt hatten. Die Besprechungen führten zu der Erklärung, nach der die Reichsregierung bereit sei, baldmöglichst in eine Besprechung über alle Besoldungsprobleme einzutreten. Zu der Gesamtheit dieser Probleme haben nach Auffassung der Reichsregierung selbstverständlich auch die Fragen der Nachprüfung der Grundgehälter gehört. Diese Nachprüfung sollte beschleunigt werden. Am 7. Februar versprach sich die Reichsgewerkschaft, den Streik abzubrechen. Die Reichsregierung erklärte, daß Massen-Disziplinarverfahren und Massenentlassungen nicht stattfinden werden, daß hierfür Richtlinien herausgegeben werden sollen, die das gesamte Kabinett aufstellen solle. In der Zeit, als die Reichsgewerkschaft den Abbruch des Streiks beschloß, war der Gesamtbetrieb schon soweit ausgedehnt, daß über 30 Prozent des normalen Verkehrs bewältigt wurde, und es bestand die Voraussetzung, daß es in kurzer Zeit gelingen werde, bis 50 Prozent des Verkehrs trotz Streik in Gang zu bringen (Gelächter). Wenige Wochen nach einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter und Löhne, die Reich, Länder und Kommunen mit 15 Milliarden Mark neu befristet hatten, stellte der Deutsche Beamtenbund die bekannten Forderungen auf, in denen nochmals grundlegende Neuregelungen der Beamtergehälter verlangt wurde, die das Reich, die Länder und Kommunen mit

### einem Mehraufwand von 50—60 Milliarden

belastet hätten. Darauf antwortete das Reichsministerium der Finanzen, daß es ihm nicht möglich sei, diese Forderungen als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen anzusehen. (Hört! Hört!) Kurz vor Weihnachten zogen die Spitzenverbände ihre Forderungen der Höhe nach zurück. Schon am 23. Januar begannen im Reichsverkehrsministerium die Verhandlungen über die Ledertenerungsansprüche der Arbeiter, und am 25. Januar im 23. Ausschuh des Reichstags für Beamtenangelegenheiten die Beratung über die entsprechenden Maßnahmen für Beamte, die sehr bald zu annehmbaren Ergebnissen führten. Seitdem haben die unabhängigen Ausschüsse des Reichstags der Regierungsvorlage zugestimmt. Heute nachmittag wird sich das Plenum des Reichstags mit diesen Vorlagen befassen. Die Reichsregierung hat sich am 21. Januar im Plenum des Reichstags bereit erklärt, in eine eingehende Besprechung der Besoldungsordnung einzutreten und die grundsätzliche Nachprüfung beschleunigt durchzuführen. Obwohl die Verhandlungen in vollem Gange waren und einen befriedigenden Verlauf zu nehmen versprachen, stellte die Reichsgewerkschaft am 27. Januar erneut an den Reichstag, an das Reichsverkehrsministerium und den Reichsminister der Finanzen dieselben Forderungen, die der Reichsminister der Finanzen abgelehnt und die Spitzenverbände selbst nicht mehr aufrechterhalten hatten.

### Diesen Forderungen gab sie ultimativen Charakter,

indem sie mit der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels drohte. Es war verlangt worden die Zurückziehung des Referentenentwurfs über das Arbeitszeitgesetz, die Aufhebung aller Erlasse und Anordnungen über die Beschränkung des Achtsundzweigtages. Eine Zurückziehung des Referentenentwurfs kann mit irgendwelcher Berechtigung nicht beansprucht werden, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, und überdies eine endgültige Entscheidung des Reichsverkehrsministers überhaupt noch nicht vorliegt. Ebensovielema behauptet ist die Forderung, daß es sich um Ausnahmefälle gegen Arbeiter und Angestellte handele. Es handelt sich vielmehr um die Durchführung und Anwendung bisheriger Vorschriften. Ich habe persönlich mit den Spitzenverbänden Verhandlungen geführt, in denen die Spitzenorganisationen sich bereit erklärt haben, in Beratungen mit dem Reichsverkehrsminister einzutreten. Es ist sehr erwünscht, daß die Arbeiter und alle Gewerkschaften Gelegenheit haben, die Arbeit ihrer Berufskollegen in den Eisenbahnbetrieben nachzuprüfen. Aber eines wird dabei nicht zu übersehen sein, daß

### die Eisenbahn wirtschaftlich gestärkt werden muß.

(Hört! Hört!) Die Reichsgewerkschaft legte sich ins Unrecht gegenüber der Reichsregierung, gegenüber den übrigen Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bereit waren, den bei den Januarverhandlungen eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, gegenüber der Beamenschaft, deren vornehmstes Recht sie durch Anzechtung eines Beamtenstreiks aufs

allerschwerste gefährdeten. (Große Unruhe und Lärm.) Sie lehnten sich ins Unrecht gegenüber dem gesamten deutschen Volke. (Sehr richtig! rechts.) Die Kernfrage, die durch den Streik aufgeworfen ist, ist nicht wirtschaftlicher Natur, nicht eine Arbeitszeitfrage, sondern die des

### Streikrechts der Beamten

Keine Regierung kann zu einem andern Ergebnis kommen als dem: für öffentlich-rechtlich angestellte Beamte gibt es kein Streikrecht (Wohlfühl-Widerpruch auf der Linken), weil die Beamten ein Teil der Regierung und Verwaltung sind, weil sie Organe der Regierung sind. Regierungen und Organe der Regierung, die die ihnen obliegenden Arbeiten verweigern, haben ihre Rechte verloren. Die Verfassung gibt jedem Deutschen, und damit auch den Beamten, das Recht der Vereinigungsfreiheit und der Wahrung und Förderung ihrer Lebenshaltung. Aber weder nach Wort noch nach dem Sinn der Verfassung kann davon abgesehen werden, daß die Beamten das Recht hätten, ihre Dienstgeschäfte gemeinsam niederzulegen. Der Beamte übernimmt nach Gesetz und Dienstvertrag, bei Vermeidung disziplinarischer Verantwortungsflucht, das Amt gewissenhaft vorzunehmen. Diese Verpflichtung schließt die Niederlegung der Dienstgeschäfte durch die Beamten aus. Aber dieser Verpflichtung der Beamten stehen auch besondere Rechte gegenüber. Die Eisenbahnbeamten sind in ihrer Mehrheit lebenslänglich angestellt. Sie erhalten ihr Gehalt im voraus ausgezahlt. (Zuruf: Das niemals ausreichend!) Die Ansprüche ihrer Hinterbliebenen sind gesetzlich geregelt und gegen Eingriffe der Verwaltung geschützt. Sie sind geschützt, wie ein Zweig der Reichsverfassung selbst. Diese Rechte sind mit einem Streik der Beamten unvereinbar. (Sehr richtig! rechts.) Wollten wir ihnen das Recht geben, einseitig den Dienst niederzulegen, müßte auch dem Reich das Recht der Kündigung und Entlassung zustehen. Es würde nicht mehr Beamte, sondern auf Privatdienstvertrag angenommen jederzeit kündbare Angestellte geben. Ein Streikrecht ist unvereinbar mit einer geordneten Staatsverwaltung. Darin sind sich alle Staatsregierungen einig. Auch in Sowjetrußland gibt es kein Streikrecht der Beamten. (Zuruf: Sie müssen ja selber dabei lachen!) Der tschechische Minister des Innern Špišák, der der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört, hat den gleichen Standpunkt verstanden. Ich will offen sprechen: Ich würde nicht in der Lage sein, einer Regierung länger anzugehören, die ein Streikrecht der Beamten anerkennt. Die Beamten dürfen dem Staat nicht das Vertrauen kündigen und sich nicht zu einer Aufrührerbewegung hinreichend lassen. Die Bewegung, die unser Land eine Woche lang in Atem gehalten hat und uns selber aufs schwerste schädigt, ist zu Ende. Wir sind ihrer Herr geworden, gestützt auf die unzweifelhaften Kundgebungen aller Schichten der Bevölkerung und der Gewerkschaften. Ich spreche allen, die uns unterstützen haben, den Dank der Regierung aus. (Hört! Hört!) Ich danke den Männern, die, von uns aufgerufen, sich der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt haben. (Lärm links.) Ich spreche den Gewerkschaften aller Richtungen den Dank aus für die besonnene Ruhe, mit der sie sich mit uns über die Lage beraten haben. (Zuruf: Das haben sie verdient!) Der Reichspräsident hat die Verordnungen aufgehoben. Daß damit das Streikrecht der Beamten wieder freigegeben wurde, kann sie nicht jubeln. Die Wege der Arbeit sind wieder frei. Wer es gut meint, wird uns recht geben und uns nicht auf dem Wege zur Arbeit leichtfertig Hindernisse aufstellen.

Der Präsident Lobe schlägt vor, die Verhandlungen abzubreaken.

### Abg. Ledebour (U.S.P.)

Ich bitte bringen, dieser Anregung nicht Folge zu geben. Wenn jemals der alte deutsche Rechtsjahy beobachtet werden sollte, so ist es heute: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie billig hören alle beide. Gegenüber den Vertretern der Regierung müßten, damit die Wahrheit einwandfrei ans Licht kommen kann, auch Vertreter der Arbeiterschaft zu Worte kommen. (Lachen rechts.) Das ist um so mehr notwendig, als der Herr Reichskanzler es über sich vermerkt hat, das, was man im gewöhnlichen Leben einen Streik nennt, hier, wo er von Beamten ausgeht, wird, als eine Revolte zu bezeichnen. (Sehr richtig! links.) Er hat sich damit in Widerspruch gesetzt zu der Handlung einer früheren Regierung, von der einige Mitglieder noch jetzt auf den Regierungsbänken sitzen. Sie haben es mit jubelnder Begeisterung auf der Flucht nach Stuttgart begrüßt, als zur Lähmung des Rapp-Bundes die gesamte Beamenschaft in einen Streik eintrat. (Lebhafte Zustimmung bei der U.S.P.) Damals hat die Regierung den Beamten das Streikrecht zugestanden, und jetzt, wo die Herren wieder sicher auf ihren Plätzen sitzen, nennen sie das eine Revolte. (Zustimmung links.) Wenn Sie der Anregung zur Verlegung der Debatte folgen, so versehen Sie dem Ansehen der Regierung den schwersten Schlag (Lachen in der Mitte und rechts), weil Sie dadurch zu erkennen geben, daß die Ausführungen des Reichskanzlers die Kritik nicht vertragen. (Große Heiterkeit, lebhafteste Unruhe in der Mitte und rechts.)

Abg. Roenen (R.P.D.) und Hoffmann (R.A.G.) schließen sich dem an.

Abg. Stresemann (D. Sp.): Der Antrag, die Besprechung hinauszuschieben, ist von uns angenommen worden, bevor der Reichskanzler seine Rede gehalten hat.

Abg. Müller-Franken (S.P.D.): Wir waren bereit, sofort in die Besprechung einzutreten. Aber der Grund, zunächst zu der Rede des Reichskanzlers in den Fraktionen Stellung zu nehmen, war für uns leitend, dem Abbruch der Verhandlungen zuzustimmen.

Abg. Dittmann (U.S.P.): Wenn Sie den Wunsch haben, daß die Eisenbahner geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen, der Eisenbahnbetrieb wieder schnell in Gang gesetzt wird, müssen Sie dem Antrag zustimmen, daß unmittelbar nach der Rede des Reichskanzlers die Aussprache einsetzt. Der Reichskanzler ist mit keiner persönlichen Ehre engagiert. Es muß möglich sein, diese Dinge hier jetzt sofort zur Sprache zu bringen. (Zuruf: Morgen!) Nein, nicht morgen! Sie wünschen, daß die Beamten die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Das aber wird durch die Verhinderung der Aussprache wesentlich erschwert.

Hierauf wird der Antrag auf sofortige Besprechung gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft und eines Teils der Deutschnationalen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. — Tagesordnung: Besprechung der Regierungserklärung. — Schluß der Sitzung: 5 Uhr.

### Aufhebung der Eberlverordnung

W. T. B. meldet: Nachdem der Streik der Eisenbahner völlig beendet ist, hat der Reichspräsident mit Wirkung vom gestrigen Tage, 12 Uhr mittags, seine Verordnung vom 1. d. M. über das Verbot der Arbeitsniederlegung durch Beamte der Reichsbahn außer Kraft gesetzt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten stellte, wie wir von Anfang an betont haben, einen glatten Bruch der Verfassung dar. Der § 48 der Verfassung gibt zwar dem Reichspräsidenten das Recht, in besonderen Fällen gewisse gesetzliche Bestimmungen außer Kraft zu setzen, aber niemals kann von ihm das Recht abgeleitet werden, einer Gewerkschaft das Streiken zu verbieten oder Streikgesetze zu beschlagnahmen. Das ist auch in der gesamten rechtssozialistischen Provinzpresse deutlich dargelegt worden. Im übrigen ist der § 48 der Verfassung so gefährlichen Charakters, daß ein demokratisch sein wollender Staat ihn so schnell wie möglich ausmerzen mußte. Er diente nicht nur die Handhabe zu einer rücksichtslosen Willkürherrschaft eines zufällig an der Spitze des Reiches stehenden Präsidenten, mehr noch: er gibt diesem sogar die Möglichkeit, wenn er zufälligerweise

# Maßregelungen bei der Eisenbahn

## Der Wortbruch des Reichskanzlers / Zuckerbrot und Peitsche

Der Reichskanzler Dr. Wirth erklärte bei den Verhandlungen mit den Führern der Reichsgewerkschaft, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit von Maßregelungen keine Rede sein könne. Die Führer und Vorbereiter des Streiks müßten allerdings, um die Autorität der Regierung zu wahren, entlassen werden. Als Führer in diesem Sinne kämen aber nur zwei Herren in Frage, und auch für diese stehe der Organisation das Beschwerderecht zu.

Inzwischen ist die Verfügung des Reichsverkehrsministers Groener bekannt geworden, die einen glatten Bruch des Versprechens darstellt, das der Reichskanzler Dr. Wirth der Reichsgewerkschaft gegeben hat. Wie wir schon gestern abend melden konnten, werden als Streikführer nicht nur diejenigen angesehen, die in den Zentralstellen für die Durchführung des Streiks gewirkt haben, sondern auch alle jene Personen, die in den einzelnen Verwaltungsbezirken „zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streikes“ beigetragen haben. Diese Bestimmung wird noch durch einen weiteren Erlaß des Reichsverkehrsministers verschärft, in welchem angeordnet wird, daß alle infolge des Streiks bereits entlassenen Beamten bis auf weiteres Wiedernahme der Beschäftigung zugelassen werden dürfen. Auf Grund dieser Verfügungen ist es schon jetzt zu Massenmaßregelungen bei der Eisenbahn gekommen, teilweise sind sogar Verhaftungen vorgenommen worden.

Die Regierung und ihre Organe können aber auch anders. So hat der Präsident der Berliner Eisenbahndirektion, Herr Wulff, den folgenden Erlaß des Reichsverkehrsministers telegraphisch an die untergeordneten Dienststellen weitergegeben:

1. Beamten, Angestellten und Arbeitern, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes während des Streiks auswärts beschäftigt wurden, sind die hierdurch erwachsenden tatsächlichen Aufwendungen zu erstatten, mindestens ist ihnen das Doppelte der verordnungsmäßigen Reisekosten zu gewähren. Daneben bleibt die Aufwandsentschädigung für die Ausübung des Fahr- und Beschlebedienstes zahlbar.

monarchistische Anwandlungen bekommen sollte, irgendeinen ehemaligen Prinzen zum Herrscher über das Volk einzusetzen.

Im übrigen wurde durch den Erlaß des Herrn Ebert wieder einmal jener alte Satz bestätigt, daß in der Politik die Dummheit schlimmer ist als ein Verbrechen. Darüber, ob der Streik der Reichsgewerkschaft berechtigt war oder nicht, läßt sich gewiß sehr vieles sagen. Durch ihre brutale Antwort hat die Regierung den Streik jedoch erst jene breite Basis gegeben; sie hat die Arbeiter und Beamten geradezu herausgefordert, das gesamte Wirtschaftsleben lahmzulegen, da die elementarsten Grundrechte der Arbeiterbewegung bedroht waren. Hätte die Regierung statt ihrer Gewaltmaßnahmen den Weg der Verhandlung beschritten, dann wäre der Konflikt mit der Reichsgewerkschaft in kurzer Zeit beigelegt worden. Eine Erweiterung des Streikes in dem geschehenen Umfang wäre auf alle Fälle vermieden worden. Aber in der Reichsregierung scheint noch immer die Auffassung vorzuherrschen, die während des Krieges üblich war. Das Gewaltprinzip über alles! Damit stiftet man keinen Frieden, und noch schlimmer wird es, wenn in einer solchen Regierung angebliche Sozialisten sitzen, die derartige Gewaltmethoden gutheißen und befürworten. Von dem Schaden abgesehen, den sie damit der Allgemeinheit zugefügt haben, diskreditieren derartige Vertreter der Arbeiterbewegung zugleich die gesamte Sache des Sozialismus.

### Der Schrei nach der Ausnahmejustiz

Es versteht sich von selbst, daß die offen reaktionäre Presse, die Blätter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sich in hysterischen Zurufen an die Regierung überbieten, sie möge jetzt mit fester Hand dem „Streikwahnwitz“ ein Ende machen. So fordert die „Deutsche Zeitung“ nicht nur ein Verbot des Beamtenstreiks, sondern auch ein „Notpflichtgesetz“, daß der Technischen Nothilfe bei Streiks Beamtenbefugnisse gibt. Die „Kreuzzeitung“ wiederum zitiert unsere Ausführungen über den Eisenbahnbeamtenstreik, in denen wir die Lehren dieses Kampfes als förderlich für zukünftige Bewegungen der Reichsgewerkschaft bezeichnet hatten; und verlangt demgegenüber, daß man der „Unvernunft der Masse“ die „wirtschaftliche Energie“ entgegensetze. Der „Lokalanzeiger“ wünscht, daß die „Streikheger“ und „Streikführer“ unter keinen Umständen wieder zu den städtischen Betrieben zugelassen werden. „Ob und was sie sonst verbrochen haben mögen, werden die Polizei- und Gerichtsbehörden zu untersuchen haben“.

Diese unverhüllt arbeiterfeindliche Stellungnahme der Rechtspresse war zu erwarten. Sie stimmt darin mit dem Berliner Bürgerrat überein, der alle durch den Streik angeblich geschädigten Einwohner auffordert, ihre Ansprüche geltend zu machen, damit die Streikenden zivil- und strafrechtlich verfolgt werden könnten. Als besonders bemerkenswert aber muß man feststellen, daß demokratische Politiker nicht nur die Anwendung des gemeinen Rechts gegen die Streikenden verlangen, sondern nach der Schaffung einer Ausnahmejustiz schreien. So lesen wir in der gestrigen Abendausgabe der „Germania“, dem Zentralorgan der Zentrumsparthei, die, wie man weiß, neben anderen schönen Dingen auch die Demokratie in ihr Programm aufgenommen hat:

„Mit der Klage über den unmöglichen Zustand, das Schicksal einer Stadt wenigen unbekanntem sogenannten „Arbeiterführern“ zu überlassen, ist es allein nicht getan. Die Herrschaften, die die städtischen Arbeiter von einem Streik in den andern heben, müssen für die Folgen ihres Tuns verantwortlich gemacht werden, und wenn das auf Grund der bestehenden Gesetze nicht geht, müssen eben solche geschaffen werden. Von der Streikerei der Herren Gas- und Elektricitätsarbeiter haben wir nun endlich genug.“

Begnügt sich das Zentrumsbüro nicht mit einigen allgemeineren Andeutungen, so gibt Herr Dr. Georg Götze in im gestrigen „8-Uhr-Abendblatt“ mit echt demokratischer Gründlichkeit eine genaue Anweisung darüber, wie die Ausnahmejustiz gegen die Streikenden beschaffen sein müsse:

„Eine Niederlegung der Arbeit mit der Absicht, durch die Herbeiführung eines öffentlichen Nothstandes den Arbeitgeber zu zwingen, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen, hat den Charakter der Rädigung oder Erpressung. Sowohl im Eisenbahnerstreik wie in dem der städtischen Betriebswerke dürfte der

2. Den an ihrem Dienstort tätigen Bediensteten zu der während des Streiks bei Ausübung der Dienstgeschäfte zu machende besondere Aufwand zu erstatten und beim Reisekostenfonds zu verrechnen. In den Fällen zu 1. und 2. ist von einem eingehenden Nachweis der einzelnen Aufwendungen abzulassen. Es genügt die pflichtgemäße Erklärung des Antragstellers über die Höhe des Aufwands und der Bestätigungsvormerk des Dienstortsehers.

3. Beamten, Angestellten und Arbeitern, die sich während des Streiks im Interesse der Aufrechterhaltung der Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes und durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet haben, können von dem Direktionspräsidenten Belohnungen im Betrage bis zu 1000 M. gewährt werden. Höhere Belohnungen können bei mir beantragt werden.

Nachstehender Erlaß ist sofort allgemein bekanntzugeben.

Reichsverkehrsminister.

Nach diesem Rezept hat der alte preussische Obrigkeitstaat gearbeitet und der republikanische Staat weiß kein besseres Mittel zur Sicherung des wirtschaftlichen Friedens zu finden. Zuckerbrot für die lieben Kinder, Belohnungen für ihr braves Verhalten; für die Streikenden aber die Peitsche und andere Formen der Bestrafung. Herr Groener und die Reichsregierung sollen sich über die Wirkung derartiger Erlasse nicht täuschen. Wenn infolge des Streikes auch gewisse Unstimmigkeiten innerhalb der Beamtenorganisation eingetreten sind, so steht doch fest, daß dieselben nicht von Dauer sein werden. Gerade die scharfmacherischen Maßnahmen der Regierung werden dazu beitragen, das Trennende zurückzustellen und eine gemeinsame Front herzustellen gegen eine machlüsterne Regierung. Während diese glaubt, Frieden stiften zu können, schafft sie in Wirklichkeit die Keime zu neuen, weit schwereren Konflikten. Mit dem Rezept, den einen zu streikeln und den anderen zu verprügeln, konnten schon die industriellen Scharfmacher auf die Dauer nichts ausrichten. Bei der Regierung wird es noch viel schneller versagen, zumal die Beamten bei den durch die Regierung heraufbeschworenen Konflikten der Sympathie aller Arbeiterschichten von vorn herein sicher sind.

Tatbestand einer solchen vorliegen. Man wird freilich abwarten müssen, ob die Staatsanwälte deswegen Anklage erheben und ob die Gerichte zur Verurteilung kommen. Bei der furchtbaren Gemeingefährlichkeit derartiger Erpresserstreiks müßte — wenn heute das Gesetz in dieser Richtung noch versagen sollte — es erweitert werden, daß es auf dieses Verbrechen ausgedehnt würde. Man wird dabei allerdings zwischen den eigentlichen Anstiftern und den die erpresserische Drohung Ausprechenden und den bloßen Mittläufern unterscheiden müssen.“

Ist es nicht gerade, als ob wir vor einer Neuaufgabe des Sozialistenschreies stehen? Das ganze Bürgertum in einer Front, Deutschnationale bis Demokraten innig verbunden in dem Gedanken, Rache an den Streikenden zu nehmen, und wo die bisher schon gegen die Arbeiter geübte Klassenjustiz nicht ausreicht, noch besondere Ausnahmestimmungen zu schaffen!

Die Arbeiterklasse mag aus diesen Drohungen, die bitter-ernst gemeint sind, erkennen, was auf dem Spiele steht. Die „Streikführer“ nennt man, aber die Organisation eine will man treffen. Gegenüber der Einmütigkeit der Bourgeoisie muß daher auch die Arbeiterklasse endlich ihr einheitliches Handeln zurückgewinnen. Die Anschläge auf die Grundrechte des Proletariats werden nicht dadurch zunichte gemacht werden, daß man jetzt eifrig nach „Verrätern“ Umschau hält, sondern dadurch, daß die Arbeiterklasse aus den in den letzten Bewegungen benangenen Kehlern lerne und daraus die Lehren für die Zukunft zieht. Die wichtigste Lehre aber ist die: bei aller sachlichen Auseinandersetzung Geschlossenheit in der Aktion!

### Die Lage bei der Eisenbahn

In den meisten Bezirken ist, wie die P. V. N. an zuständiger Stelle hören, der Eisenbahnstreik auf Grund der Aufforderung der Reichsgewerkschaft abgebrochen und der Dienst schon im Laufe des Mittwochs wieder aufgenommen worden. Nur in Braunschweig haben die Streikenden beschlossen, den Streik weiter zu führen. Der Betrieb ist überall, wenn auch mit größeren Einschränkungen, wieder aufgenommen worden. Einschränkungen ergeben sich besonders aus Mangel an Lokomotiven, die vielfach bei Beginn des Streiks unter Wasser stehend verlassen wurden, dann erstkalteten und bei der großen Kälte einfroren, wodurch sie so stark beschädigt wurden, daß ihre Ausbesserung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, außerdem ist die Kohlenlage für die Eisenbahn in gewissen Bezirken sehr schlecht. In Berlin ist die Versorgung mit Steinkohlen und Breißeits auch gestern durchgeführt worden, so daß hier Schwierigkeiten nicht entstehen.

Die Post nimmt ihren Verkehr in dem Maße auf, wie der Eisenbahnverkehr in geregelter Gang kommt. Die bisherigen Ausnahmestimmungen fallen weg. Der Briefverkehr wird logisch wieder in vollem Umfang abgewickelt. Bei dem Paketverkehr ist es mit Rücksicht darauf, daß die Beförderungsgesellschaften nur allmählich bereit stehen und die Postpaketumschlagstellen teilweise noch verstopft sind, dringend geboten, daß die Versender mit Auflieferung verspäteter Pakete in größerer Zahl vorerst noch zurückhalten.

### Rückgang der Devisenkurse

In den letzten Tagen sind die Kurse für ausländische Zahlungsmittel wieder etwas zurückgegangen. Der amerikanische Dollar, der schon mit über 200 notiert wurde und Mittwoch auf 188 stand, fiel an der gestrigen Börse auf 191. Man sieht die Ursachen für diese Erscheinung zunächst in der Tatsache, daß infolge des Eisenbahnerstreiks und der Störungen im Postverkehr deutsches Material nur in verhältnismäßig geringem Umfange auf den Markt gebracht werden konnte. Als zweiter Grund wird die Wirkung der Rede von Lloyd George im Unterhause genannt, worin er die Streichung der englischen Forderungen an Deutschland in Aussicht stellte. Ob die Rückwärtsentwicklung der Devisen anhalten wird, ist sehr zweifelhaft.

Die Kredithilfe für Oesterreich. Reuters erfährt, daß beschlossen worden sei, der österreichischen Regierung eine Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling zu gewähren, vollkommen unabhängig von dem Betrage, den die französische Regierung vorzustrecken sich entschließen sollte. Bisher seien Einzelheiten über die Bedingungen der Anleihe nicht festgelegt worden.

Ernennung. Der Reichsminister a. D. Dr. Helbig ist zum deutschen Schiedsrichter am deutsch-jugoslawischen und deutsch-schweizerischen gemischten Schiedsgericht ernannt worden.

# Preussischer Landtag

## Beratungen im Hauptausschuss

Bei der Beratung des Etats für Kunst und Wissenschaft im Hauptausschuss des Preussischen Landtages wies der Staatssekretär die vollständig ungerechtfertigten Vorwürfe Schefflers und Bodes gegen den Weiterbau des Museums zurück. Er wurde dabei energisch von Genossen Waldeck-Romanoff unterstützt. Dieser befürwortete warm die Ausführung der Bauten nach den Plänen Kessels, und er fand hierfür die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktionen. Außerdem trat Genosse Romanoff für die Ermöglichung des Besuches der Staatstheater durch wenig Bemittelte und für den unentgeltlichen Besuch der Museen ein und nahm sich der Not der geistigen Arbeiter an.

Nach der Erledigung des Etats für Kunst und Wissenschaft wurde der Haushalt der Seehandlung (Preussische Staatsbank), der Geheimesammlung und des Staatsanzeigers beraten. Die Preussische Staatsbank hatte im abgelaufenen Etatsjahr stark unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise und namentlich der wilden Börsenspekulation zu leiden. Der Umsatz der Seehandlung steht in einem Mißverhältnis zu dem der Vorkriegszeit und zu der Geldentwertung. Der niedrige Kurs der preussischen Staatspapiere im Vergleich zu dem der Reichsanleihen und dem Kurs der Staatspapiere der anderen Bundesstaaten ist — wie der Präsident der Seehandlung feststellte — laßlich nicht begründet, sondern willkürlich, d. h. ein Ergebnis der Anarchie des kapitalistischen Geldmarktes. Obwohl Preußen durch den Friedensvertrag am meisten gelitten hat und die Eisenbahnen vom Reiche übernommen wurden, ist der Staat infolge seines Besitzstandes an Domänen und Forsten immer noch so kreditwürdig, daß die Kursdifferenz gegenüber den Reichspapieren ausfallend ist, eine Tatsache, die im Hinblick auf eine neue preussische Staatsanleihe Bedenken erwecken muß.

Die kleinen Haushalte der Geheimesammlung und des Staatsanzeigers können mit Ueberflüssen prunken, die nur leider nicht ins Gewicht fallen. Der nichtamtliche Teil des Staatsanzeigers soll nach der Versicherung des Regierungsvertreters künftig in Verfall kommen bzw. nur noch zu Füllweden verwendet werden. Diese Absicht kann bei der mangelhaften Redaktion des nichtamtlichen Teils nur begrüßt werden.

## Die notleidenden Kleinrentner

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister aus dem Nachtrag zum außerordentlichen Haushalt des Reiches 1921 bewilligten Zuschüssen in Höhe von 100 Millionen Mark, die Länder und Gemeinden notleidenden Kleinrentnern gewähren sollen, 61,8 Millionen Mark für Preußen zur Verfügung gestellt. Zur Durchführung von Fürsorgemaßnahmen in dem erwähnten Sinne entfallen, wie die „Dena“ von zuständiger Stelle erfährt, auf die einzelnen Provinzen bzw. Verwaltungsbezirke folgende Beträge: Ostpreußen 3.200.000 M.; Brandenburg 3.500.000 M.; Berlin 7.400.000 M.; Pommern 2.300.000 M.; Nieder- und Oberschlesien 8.300.000 M.; Sachsen 5.000.000 M.; Schleswig-Holstein 2.400.000 M.; Hannover 4.500.000 M.; Westfalen 8.000.000 M.; Hessen-Kassel 3.700.000 M.; Rheinprovinz 12.600.000 M.; Grenzmark 800.000 M.; Hohenzollern 100.000 M.; insgesamt also 61.800.000 M.

Dem Erlaß des Volkswohlfahrtsministers vom 21. Januar 1922 sind Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse in der vom Reichsrat angenommenen Fassung beigegeben worden. Diese Richtlinien besagen unter III. Als Kleinrentner gelten bedürftige, im Inlande wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen (auch Rente) mit einem Jahreseinkommen von wenigstens 600 Mark angesammelt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf dieses Jahreseinkommen angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorkehrung ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist. Aus den zur Verfügung gestellten Mitteln dürfen Kleinrentner nur im Falle der Bedürftigkeit und nur nach Prüfung im einzelnen Falle unterstützt werden. Ergänzend fügt das Reichsfinanzministerium hinzu, daß bei Prüfung der Bedürftigkeitsfrage der Gesundheitszustand, das Alter, die Erwerbsmöglichkeit und die Zahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen zu berücksichtigen ist.

## Der Kampf um die Buchhandlung

Die „Kote Fahne“ schimpft. Das ist nichts Ungewöhnliches, und wir würden auch die Behauptung des Blattes, wir hätten den „gemeinen Diebstahl“ ihres früheren Parteigenossen Laub verübt, um politische Geschäfte zu machen, mit schweigender Beachtung übergehen, wenn es nicht notwendig wäre, die Desfinitivität vor fortgesetzter Zerschlagung zu bewahren. Die sozialistische Seite der Angelegenheit kümmert uns wenig, darüber mögen sich die Beteiligten vor den bürgerlichen Gerichten auseinandersetzen. Wir wollen lediglich die Tatsachen sprechen lassen, die von allgemeinem Interesse sind.

Nicht nur Friesland, sondern auch mehrere Mitglieder der Zentrale insbesondere Thalheimer, Ernst Meyer und Dr. Alexander, hatten sich für die Verschmelzung des Verlages Seehof mit Frankes Verlag einsetzt. Dies sollte geschehen, um den Parteiverlag, der bis dahin unzählige Millionen verschlungen hatte, auf eine rationelle wirtschaftliche Basis zu stellen. Eingeweihte Genossen wägen über die genaue Zahl dieser Millionen und ihre Herkunft noch Auskunft geben. Bei den Verhandlungen über die Verschmelzung der Verlagsanstalten wurde Laub vom Generalsekretär der K. P. D. ausdrücklich versichert, daß die Bedingungen seiner Anteilung in einem besonderen Vertrage gesichert werden sollten. Eine solche Sicherung war schon deshalb notwendig, um nicht von einer fast vierwöchentlich wechselnden Zentrale, die in absoluter Abhängigkeit — zeitlich und finanziell — von Moskau lebt, nach Belieben politisch gemißregelt zu werden. Sogar Mitglieder der Zentrale haben anerkannt, daß Laub mit seiner Bereitwilligkeit, den Seehof-Verlag mit dem Parteiverlag zu verschmelzen, ein großes Opfer bringe.

Als Laub aus der Kommunistischen Partei wegen seiner politischen Haltung hinausgeworfen wurde, waren die Verträge noch gar nicht abgeschlossen, er konnte deshalb von ihnen zurücktreten und blieb dadurch Kleinrentner des Verlages Seehof. Nach dem Einbruch in der Buchhandlung und der Verhandlung durch Mitglieder der Zentrale der K. P. D. wurde von Genossen Rosenfeld, der als Anwalt die Schlüssel übernahm, vereinbart, daß die Schlüssel dem ausgedienten werden sollten, der in den nächsten Tagen eine einstweilige Verfügung erlangen würde. Nachdem Laub im Besitze der einstweiligen Verfügung war, legte er sich mit Rosenfeld von neuem in Verbindung und teilte ihm auf Wunsch den Inhalt der Erklärung mit. Rosenfeld lehnte die Herausgabe der Schlüssel mit der Begründung ab, es stehe nicht ausdrücklich darin, daß er Laub die Schlüssel übergeben solle. Schließlich mag noch bemerkt werden, daß Laub der Zentrale der K. P. D. bereits mitgeteilt hat, daß er mit ihr auf Heller und Pfennig abrechnen wolle.

Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt, vorausgesetzt, daß die kommunistischen Parteimitglieder nicht durch neue Einbrüche und Gewalttaten an wahren Personen die Öffentlichkeit wiederum zwingen, sich mit ihnen zu beschäftigen.

## Schweres Explosionsunglück

Zwischen der Stadt Friedland in Ostpreußen und der Bankelle der Ostpreussischen Kraftwerke hatten Kinder einen Sprengkörper gefunden, an den sie sich zu schafften machten, so daß eine Explosion erfolgte. Sieben Kinder wurden durch

# Massenentlassungen der städtischen Arbeiter

## Verfehlte Maßnahmen des Magistrate

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung mit den Grundfragen, nach denen die Aufstellung der neuen Belegschaften vorgenommen werden soll. Er verbreitete über den Verlauf dieser Sitzung eine Meldung, in der behauptet wird, daß er unter Vermeidung aller Härten vorgehen wolle. Es sollen bei den einzelnen Verwaltungen Beschäftigte aus der Reihe der eingeleiteten werden, um Streitfälle, die sich bei der Neueinstellung ergeben, zu schlichten. Die Schwierigkeiten, die durch den Umfang der Verwaltung und die große Zahl der Betriebe bedingt sind, sollen in fester Verbindung mit den Arbeiterorganisationen gelöst werden. Die Meldung schließt mit der Feststellung des Magistrats, daß mit dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit die Funktionen aller Betriebsräte erlöschen seien und Neuwahlen der Betriebsräte vorgenommen werden müßten.

Da der Magistrat über seine Maßnahmen der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen will, so muß im Rathaus die Gelegenheit benützt werden, den Magistrat darüber nachdrücklich zu belehren, daß seine Anordnungen nicht aufrecht zu erhalten sind. Es darf keine Rachepolitik betrieben werden. Der Magistrat muß alles unterlassen, was einen neuen und berechtigteren Kampf der städtischen Arbeiter hervorrufen könnte.

Das aber ist bisher nicht geschehen. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit in den städtischen Betrieben, zu der sich die Belegschaften fast geschlossen eingefunden hatten, stellt es sich heraus, daß die Grundfrage nicht beachtet werden. Die Betriebsleitungen verweigern großen Massen der Arbeiter die Wiedereinstellung. So soll z. B. die gesamte Belegschaft des Gaswerks Gitschiner Straße als entlassen gelten, da man diesen Betrieb stilllegen und das Gaswerk Neufölln, das die Produktion mit übernehmen soll nicht zu vergrößern braucht. Besonders tut sich bei den Maßregelungen die Leitung der Straßenbahn hervor; sie will über zehn Prozent ihrer Belegschaft nicht wiedereinstellen.

Es läßt sich gewiß darüber reden, wenn die Leitung der städtischen Werke die Produktion des völlig veralteten Gaswerks der Gitschiner Straße auf das moderne leistungsfähigere Neuföllner Werk übertragen will; diese Absicht hat ja auch schon einmal die Stadtverordnetenversammlung beschloß. Der Magistrat ist sich doch aber wohl klar darüber, daß das so nicht geht und daß in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Not die rücksichtslose Durchführung einer solchen Maßnahme, noch dazu in dem Augenblick des beendeten Streiks, nicht anders wirken kann, als der Versuch der Massenmaßregelung. Dazu kommt noch, wie aus der unten wiedergegebenen Zuschrift des Transportarbeiterverbandes hervorgeht, daß der Magistrat die Gelegenheit benützt, einfach die den Verwaltungen unangenehm gewordenen Betriebsräte rücksichtslos auf die Straße zu setzen. Auch das können und dürfen sich die Organisationen der Arbeiter nicht gefallen lassen, ebensowenig aber auch die sozialistischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung.

## Die Arbeitsaufnahme

Von einer Lokalcorrespondenz werden zum Teil sehr tendenziöse Meldungen verbreitet, von denen wir folgendes von ihrem tatsächlichen Inhalt in Verbindung mit eigenen Nachrichten wiedergeben:

Im Kraftwerk Rummelsburg hatte sich die Belegschaft bereits gestern abend vollständig gemeldet, wurde aber erst heute früh eingestellt, da die Technische Rothhilfe das Werk erst am Morgen übergeben wollte. — Die Abwechslung der Betriebsmannschaften hat sich reibungslos vollzogen, so daß der Betrieb keinen Augenblick unterbrochen zu werden brauchte. In Rummelsburg ist bis auf etwa 10 Arbeiter die gesamte Belegschaft wieder eingestellt worden.

Am Schillbaurdam hatte die Rothhilfe bereits gestern nachmittags das Werk der Arbeiterschaft übergeben, die sich nachmittags vollständig zum Dienst eingefunden hatte.

Anders liegen die Verhältnisse im Kraftwerk Moabit, der Zentrale, die das gesamte Straßenbahnnetz mit Strom versorgt. Durch Vermittlung der Streikleitung war der Technische Rothhilfe mitgeteilt worden, daß Donnerstag früh um 9 Uhr die Arbeiterschaft sich geschlossen einfanden wird. Es ereignete sich jedoch nur die Ingenieure, ein Teil der Werkmeister und ein Teil der ausländischen Arbeiter. Durch den Direktor Wilkens und Stadtbaurat Dr. Adler wurden bereits im Laufe des Vormittags Neueinstellungen vorgenommen.

In den Wasserwerken bleibt die Technische Rothhilfe vollständig eingeleitet. Die Arbeiter, die erschienen, forderten mit

die umherfliegenden Sprengkörper getötet, zwei noch lebend ins Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen ebenfalls ihren Verletzungen erliegen sind.

## Amerika und die Konferenz von Genua

London, 8. Februar.

Eine Exchange-Meldung aus Washington besagt: Ein amtlicher Bericht der eine allgemeine Erörterung der europäischen Wirtschaft- und Finanzlage umfaßt und im besonderen die Finanzprobleme berührt, die wahrscheinlich auf der Konferenz in Genua unterbreitet werden, ist von dem Bundesreferat vorangelegt worden. Der Bericht bezeichnet die Konferenz in Genua als ein Ergebnis der ersten wirtschaftlichen Verhältnisse im Auslande und sagt, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage bilde das russische wie das deutsche Problem ein unvermeidliches Element. Die Einbeziehung Russlands scheint die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung und die Zustimmung der anderen teilnehmenden Regierungen zu ihrer Politik zu bedeuten. Diesen Punkt betrachtet das Amt als politisch. Diejenigen jedoch, die die Anstalt vertreten, die Konferenz werde wahrscheinlich nur in wirtschaftlichem Sinne erfolgreich sein, wenn die Fragen betreffend die Wiederherstellung Deutschlands, Russlands, Oesterreichs und Südoeuropas in umfassender Weise erledigt werden könnten, seien der Ansicht, daß der Plan, der vielleicht zur Annahme gelange, wegen der natürlichen Beschränkungen, denen er unterworfen sein würde, wenig Aussicht auf Erfolg haben würde.

Ungefähr dieselbe Haltung wird eingenommen gegenüber dem Vorschlag, daß auf der Konferenz in Genua die Frage der deutschen Reparationen nicht berührt werden soll. In der letzten Zeit ist bestimmt als je zuvor erklärt worden, daß das Reparationsproblem bei jeder Erörterung, die auf eine allgemeine Lösung der europäischen Lage hinführt, ein fast unvermeidliches Element ist. Der Bericht fährt fort, durch die in Washington beschlossene Flottenabklärung würden die Vereinigten Staaten bei dem augenblicklichen Bauprogramm etwa zweihundert Millionen Dollar sparen. Für England und Japan erüben sich ebenfalls Ersparnisse in etwa der gleichen Höhe. Die Ersparnisse, die England im nächsten Jahre durch Herabsetzung der Ausgaben machen werde, würden wahrscheinlich zur Verminderung der englischen Schuld benutzt werden können. In Frankreich sei die Lage ungeläufig dieselbe. In Italien sei die Schwierigkeit, die Staatsrenten zu vermindern, um die Ausgaben zu beschränken, so, wie es eben so groß wie in Deutschland, wo die Befestigung des Budgets noch komplizierter werde durch den schwankeuden Wert der Mark. Außerdem sei in

Recht, daß bei der Wiedereinstellung der Streikenden der bisherige Betriebsrat herangezogen werde und eventuell für diejenigen eintreten solle, die von der Direktion abgelehnt wurden. Diese Forderung wurde abgelehnt, da die gesamte Arbeiterschaft als entlassen gelten soll.

Die Gaswerke Tegel und Spandau arbeiten, dagegen ruht noch der Betrieb in dem Gaswerk Gitschiner Straße. Die Belegschaft wollte eine Betriebsversammlung abhalten, doch wandte sich die Direktion sofort in die Technische Rothhilfe, die Kräfte zur Besetzung des Gaswerkes bereitgestellt hat. Wie gemeldet wird, soll das Werk Gitschiner Straße jetzt gänzlich geschlossen werden, da es mit seinen längst veralteten Einrichtungen unrentabel geworden ist. Das gesamte Gaswerk Neufölln wird an die in der Gitschiner Straße mündenden Gasleitungen angeschlossen und damit ohne Vergrößerung seines Personals den gesamten Bedarf zu decken. In den anderen Gaswerken sind die Arbeiter zum großen Teil erschienen, doch werden fast überall Einschränkungen bei der Wiederaufnahme vorgenommen.

## Massenmaßregelung bei der Straßenbahn

Bei der Straßenbahn hat sich die Arbeitsaufnahme noch nicht reibungslos vollzogen. Die Arbeiter der Hauptwerkstatt, die sich gegen Entlassungen wehrten, fanden bei ihrer Meldung morgens den Betrieb geschlossen und sollten sich einzeln in die Listen eintragen. Die Arbeiter verwurten das und begaben sich in die Hauptwerkstatt und auf ihre gewohnten Plätze. Trotzdem sollen nur diejenigen als wiedereingestellt gelten, die von der Direktion ausgewählt werden. Es sollen etwa zehn Prozent der Werkstattarbeiter wegen rationaler Umgestaltung des Betriebes nicht wieder eingestellt werden.

Auf den Straßenbahnhöfen meldete sich das Personal morgens um 8 Uhr, doch wurde auch hier eine Auswahl vorgenommen. Auf einzelnen Depots erregte diese Maßnahme den berechtigten Unwillen der Straßenbahner und so kam es, daß an einigen Stellen die sich Meldenden geschlossen abmarschierten, um in Versammlungen zu beraten was gegen diese Vorgehensweise der Direktion zu tun sei. Auch vom Verkehrspersonal sollen zehn Prozent nicht wieder eingestellt werden.

## Protest der Gewerkschaften

Vom Transportarbeiterverband erließen wir folgende Zuschrift: Nachdem durch den Beschluß der die Bewegung führenden Körperlichkeiten festgestellt wurde, den Streik aufzuheben und die Aufnahme der Arbeit im vollen Umfange durchzuführen, ist dies durch die Maßnahmen des Magistrats zur Unmöglichkeit geworden. In den Verhandlungen hatte sich der Magistrat verpflichtet, Anweisung an die einzelnen Betriebsleiter ergehen zu lassen, jede unnötige Härte bei der Wiedereinstellung zu vermeiden; alte Rechte sollten anerkannt werden.

Entgegen der den Vertretern der Arbeitnehmer gegebenen Zusicherung wird jedoch jetzt in der rigorosesten Weise gegen die sich zur Arbeit Meldenden vorgegangen. Ganz besonders in den Vordergrund tritt die Betriebsleitung der Straßenbahn. Als am heutigen Tage auf den einzelnen Dienststellen die Belegschaft vollständig erschien, wurde ihr eröffnet, daß nur ein Teil zur Einstellung kommen konnte. Weiter wurde allen ein Revers vorgelegt, daß jeder sich als neu eingestellt zu betrachten hat. Als Lohn kommt nur der Anfangslohn in Frage. In erster Linie ist von einer Wiedereinstellung der als Betriebsrat tätigen Bediensteten nur ganz vereinzelt die Rede. Die Funktion gilt durchweg als erloschen. Ueber die soigen Verhältnisse soll hier später abschließende Teilberichter eine Regelung bringen.

Es ist also ein vollständiger Bruch des vom Magistrat durch den Mund des Herrn Oberbürgermeisters abgegebenen Versprechens. So sieht die Erfüllung von auf Treu und Glauben eingegangener Vereinbarungen mit dem Magistrat aus! Unter solchen Umständen kann natürlich von einer Ausnahme des Straßenbahnbetriebes keine Rede sein. Die geringe Zahl der Bevorzugten lehnt es ebenfalls ab, die Arbeit aufzunehmen. Wenn nun das Berliner Publikum noch weiter die Schwierigkeiten der augenblicklichen Situation auf sich nehmen muß, so ist dies einzig und allein der Herrschsucht des Magistratskollegiums zuzuschreiben. Es steht zu befürchten, daß der Kampf im vollen Umfange sofort wieder ausbrechen wird; denn unter keinen Umständen werden die einzelnen Gruppen einander im Stich lassen. Die Organisationen können diese Wendung der Dinge natürlich auch nicht gut heißen. Gegenüber einem solchen Verhalten kann nur die vollste Unterstützung Wandel schaffen. Sollten also die wiederum eingeleiteten Einigungsbestrebungen den gewünschten Erfolg nicht zeitigen, so steht auf neue das Schlimmste zu befürchten.

Deutschland für das kommende Jahr eine große Vermehrung der Steuern geplant. Der Bericht erklärt ferner, die Frage der Wiederherstellung des Goldstandes werde die wichtigste in Genua zur Erörterung kommende Frage sein. Die führenden Wirtschaftler, Finanzleute und Staatsmänner seien einmütig der Ansicht, daß jede dauernde Wiederherstellung der Kredit- und Währungsinstabilität die Rückkehr zu irgendeiner Art von Goldbasis nötig mache.

## Der Hunger in Russland

Die Berichte über den Eingang der Naturalsteuer an Getreide und Futtermitteln lauten im allgemeinen sehr günstig. Die abgelieferten Mengen schwanken zwischen 85 und 100 Prozent der verlangten Mengen. Andererseits kommen immer traurigere Meldungen aus den Hungergebieten. Im Donboden schätzt man die Zahl der Hungernden auf 500.000, im Gouvernement Samara auf 1.200.000. Im Kreise Chawahusk (Gouvernement Saratow) auf 104.000 Erwachsene und 64.000 Kinder; verpflegt werden in diesem Kreise nur 3500 Erwachsene und 15.000 Kinder. Im Kreise Kowlinginsk sind 100.000 Hungernde.

## Die Hinrichtungen in Georgien

Das russische kommunistische Blatt „Das Rote Schwarzmeergebiet“ bringt einen amtlichen Bericht der Zentralen Außerordentlichen Kommission für das von russisch-bolschewistischen Truppen okkupierte Georgien. In diesem Bericht heißt es, daß im verflorenen Dezember in Georgien hingerichtet wurden: wegen Banditentums 39 Personen, wegen Diebstahls 38 Personen, wegen gegenrevolutionärer politischer Betätigung 14 Personen, wegen anderer Verbrechen 24 Personen.

Die georgische Landschaft in Verita teilt dazu mit: Tatsächlich ist die Zahl der Hingerichteten bedeutend höher: In Tiflis allein werden von den Okkupationsbehörden täglich Hinrichtungen vorgenommen, und zwar fast ausschließlich gegenrevolutionärer politischer Betätigung. Mit wirklichen Banditen und Dieben verhalten sich die Bolschewischen Kommissare in Georgien ausgerechnet. Die ersten sind heute begeisterte Anhänger der russischen Okkupanten und machen an den Requisitionen und Plünderungen ein stänzendes Geschäft. Was unter gegenrevolutionärer Betätigung zu verstehen ist, wird man sich leicht vergegenwärtigen können, wenn man bedenkt, daß in den Augen der russischen Kommunisten heute auch die Leugnung und Friesland gegenrevolutionäre Schädlinge sind.



### Die Berliner Häfen im Jahre 1921

Von Wilhelm Schöning, Stadtrat.

Nach Fertigstellung des Westhafens wird die Stadt Berlin für Hafenanlagen rund 200 Millionen Mark ausgegeben haben. Da die zentrale Verwaltung erst jetzt durchgeführt wird, ist eine Betrachtung über die Leistungsfähigkeit und Rentabilität nur möglich, soweit der Osthafen, der Humboldthafen und ein Teil des Westhafens in Frage kommen. Bekanntlich führten die Vorgänge auf dem Osthafen im vorigen Jahre zu einem Wechsel in der Hafenerwaltung. Wesentliche Reformen betriebstechnischer Art wurden durchgeführt und der Betrieb nach kaufmännischen Gesichtspunkten beweglicher gestaltet werden. Diese Betriebsumstellung kam im zweiten Halbjahre erst zur vollen Auswirkung. Auf dem Osthafen betrug der Lager- und Umschlagverkehr im 1. Halbjahr 107 683,5 Tonnen Eingänge, im 2. Halbjahre dagegen schon 272 029,6 Tonnen, ergab also eine Steigerung von 164 346,1 Tonnen. Die Ausgänge waren im 1. Halbjahr 112 705,5 Tonnen, im 2. Halbjahr 257 651,4 Tonnen, brachten demnach auch ein Mehr von 144 945,9 Tonnen. Rechnet man den Verkehr vom Westhafen und Humboldthafen dazu, so betragen die Gesamteingänge im 1. Halbjahr 128 310,5 Tonnen, im 2. Halbjahr 349 518,6 Tonnen, erhöhten sich somit um 221 208,1 Tonnen, gleich 172 Prozent. Die Gesamtausgänge waren 166 791,5 Tonnen im 1. Halbjahr, 292 550,4 Tonnen im 2. Halbjahr, demnach 175 767,9 Tonnen mehr, gleich 150 Prozent.

Diese enorme Steigerung tritt auch beim Schiffs- und Eisenbahnverkehr in Erscheinung. Im 1. Halbjahr kamen nur 512 Kähne zur Entladung, im 2. Halbjahre dagegen 809; beladen wurden im 1. Halbjahr 137, im 2. Halbjahr 1100. Waggons wurden im 1. Halbjahr 4397, im 2. Halbjahr 14 784 entladen, beladen im 1. Halbjahr 2639 und im 2. Halbjahr 3897. Diese Zahlen beweisen, daß die Methoden, welche die Hafenerwaltung angewandt hat, sich durchaus bewährt haben.

Die Finanzlage der Häfen im Jahre 1921 war folgende: die Einnahme betrug im 1. Halbjahr 3 428 741 Mark, die Ausgaben 4 526 988 Mark, das Defizit 1 098 247 Mark. Im 2. Halbjahr stieg die Einnahme auf 5 428 914 Mark, die Ausgaben betrugen 5 905 503 Mark, das Defizit verringerte sich auf 476 589 Mark. Das Gesamtdéfizit beträgt also 1 574 836 Mark.

Bei der Betrachtung über die Rentabilität der Häfen ergibt sich folgendes: Unter Anspannung aller Kräfte wird sich der Osthafen, der bisher immer ein Zuschußbetrieb war, rentabel gestalten. Die Lagerhalle am Humboldthafen hat bereits mit einem Ueberschuß von 76 000 Mark gearbeitet. Der Westhafen erfordert einen Zuschuß von 804 372 Mark. Dieses Defizit wird in Zukunft erheblich größer werden. Nach Fertigstellung wird der Westhafen dreimal so leistungsfähig sein, als der Osthafen. Seine Anlagelosten werden aber achtmal so groß sein und mindestens 150 Millionen Mark betragen. Die erforderliche Kapitalverzinsung, 7,5 Millionen Mark, würden aus Betriebseinnahmen nur zu einem Drittel gedeckt werden.

Die bisherigen Vorortshäfen Spandau, Tegel und Neutölln, deren Anlagelosten rund 10 Millionen Mark betragen, sind bisher Zuschußbetriebe gewesen und werden sich auch für die nächste Zeit sehr schwer in das Gegenteil verwandeln lassen.

Die zentrale Verwaltung wird zweifellos hier und da das finanzielle Ergebnis beeinflussen können, sie wird aber nicht in der Lage sein, die Berliner Häfen rentabel zu gestalten. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, muß eine Umstellung des Betriebes nach vollkommen neuen Gesichtspunkten erfolgen, d. h. neben dem Lagerbetrieb muß die Expedition, und zwar nicht nur lokal, mitbetrieben werden. Beschreitet man diesen Weg, so ist die Rentabilität der Berliner Häfen gesichert.

### Wie kann billiger gebaut werden?

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat sich bei den immer größer werdenden Schwierigkeiten bei der Herstellung neuer Wohnungen, hervorgerufen durch Geldentwertung und Baukostensteigerung, veranlaßt gesehen, alle interessierten Kreise zu einer am Montag, den 30. Januar, im Deutschen Hof stattfindenden Versammlung einzuladen. Stadtbaurat Dr. Martin Wagner hielt den einleitenden Vortrag und führte u. a. das Folgende aus:

War früher, bei dem „freien Spiel der Kräfte“ das Interesse des einzelnen für den Bauplatz ausschlaggebend, so handelt es sich heute hauptsächlich um eine öffentliche Bautätigkeit. Der Bauplatz ist zur Hälfte mit öffentlichen Mitteln finanziert worden. Im Interesse der Allgemeinheit muß dafür gefordert werden, daß die zur Verfügung stehenden Mittel nur zu volkswirtschaftlich produktiven Kräften verwandt und dem Wohnungsbau nur nach Prüfung der Dringlichkeit und nach Rughmachung des schon vorhandenen Wohnraumes zugeführt werden. Durch eine gemeinsamen wirtschaftliche Regelung der Bau-

bautätigkeit muß vermieden werden, daß die Bautätigkeit, wie in Kriegsjahren, stochernd einsetzt und lange Zeiten der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe vorherrscht. Schon durch eine stetige Beschäftigung der Betriebe und der Arbeitnehmer können bedeutsame volkswirtschaftliche Ersparnisse erzielt werden. Auch kann erst dann an die Anwendung hochwertiger Produktionsmittel, die Inanspruchnahme von Großbetrieben und damit an eine bedeutende Ersparnis von Transportkosten, sowie an den Erfolg der neueren Handarbeit durch Maschinenkraft gegangen werden. Neue Baumethoden, die billiger arbeiten, müssen unbedingt zur Anwendung kommen, da Staat und Gemeinden ein Interesse daran haben, alles zu tun, um eine Verschwendung der öffentlichen Mittel zu vermeiden. Je fortschrittlicher sich die Betriebsform im Baugewerbe gestaltet, um so eher können wir erwarten, aus dem Wohnungsmangel und der damit verbundenen sittlichen und körperlichen Verelendung des Volkes herauszukommen. Im Anschluß an das Referat führte der Redner die vom Verband sozialer Baubetriebe erworbene Turfo-Baumweise im Film vor.

In längerer Diskussion wurden die vorstehenden Ausführungen ergänzt. Allgemeine Entrüstung erregte es, als die Neuerung zur Sprache kam, die Oberbürgermeister Böck zu den Vertretern der Gewerkschaften getan hatte: „Wir denken nicht daran, in Berlin zu bauen. Die hier zu viel sind, sollen machen, daß sie raus kommen.“ Arbeiter und Angestellte haben ein dringendes Interesse daran, daß eine rege Bautätigkeit einsetzt und die elenden Wohnungsverhältnisse baldigt beseitigt werden.

### Der Berliner Eisenbahnverkehr

Die Eisenbahndirektion teilt amtlich folgendes mit: Die Beamten und Arbeiter sind heute fast vollständig zum Dienst erschienen. So daß auf fast allen Bahnhöfen die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Leider kann der Betrieb in dem von der Eisenbahndirektion gewünschten Umfang noch nicht wieder in Gang gebracht werden, weil es an einer ausreichenden Zahl betriebstüchtiger Maschinen fehlt. An der Wiederherstellung der Maschinen, die infolge des Festes und der unterirdischen Plünder sehr stark gelitten haben, wird mit allen Mitteln gearbeitet, damit möglichst in den nächsten Tagen schon eine Vermehrung der Züge vorgenommen werden kann. Im Laufe des gestrigen Vormittags sind 8 D-Züge nach den Richtungen Stettin, Stralsund, Magdeburg, Hannover und Oldenburg abgefahren worden. Innerhalb des letzten Tages sind auf den Berliner Bahnhöfen 900 000 Liter Milch, 81 Wagen mit Vieh und 8 Züge mit Kohlen eingekommen.

Der Reichskohlenkommissar macht die Kohlenverbraucher auf folgendes aufmerksam: Selbst bei sofortiger Wiederaufnahme des Güterverkehrs wird der normale Kohlenverbrauch kaum vor 8 bis 10 Tagen wieder in Gang sein. Die Zufuhr bzw. Ablieferung auch nur einigermaßen reichend leerer Wagen in die Kohlenzepter wird nur langsam vorankommen. Auch hat die an sich schon unzureichende Kohlenförderung vielfach naturgemäß durch den Eisenbahnstreik eine weitere Einschränkung erfahren. An vielen Stellen steht also die dringende Kohlennot infolge des Verzagens des Verkehrs leider erst noch bevor. Die Verbraucher werden daher gut tun, ihre Verfügungen so zu treffen, daß sie vorerst nur mit verzögerten und spärlichen Brennstofflieferungen rechnen können.

### Kreistagswahl im Kreise Teltow

Am Sonntag, den 12. Februar, finden im Kreise Teltow die Wahlen zum Kreistage statt. Die Agitation hierfür wurde stark behindert durch den Streik der Eisenbahner. Trotzdem müssen unsere Genossen in den Ortsgruppen des Kreises und der Berliner Landdeputationskommissionen alles tun, um die Flugblätter in allen zugewiesenen Orten zur Verbreitung zu bringen und am Sonntag vor jedem Wahllokal die Stimmzettel zu verteilen. Die wenigen Stunden bis zur Wahl müssen ausgenutzt werden. — Jede Stimme der Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Dafür zu wirken ist eines jeden Genossen Pflicht.

Geradezu handofte Zustände bei einer Kriegsgesellschaft kamen wieder einmal in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen schwerer Untreue und Unterschlagung war der Buchhalter Johannes Mandel angeklagt. Der Angeklagte wurde, obwohl er wegen gleicher Verbrechen mehrfach, zuletzt mit 1 1/2 Jahren Gefängnis, vorbestraft ist und Tausende von anständigen Kaufleuten gern jene Stellung annehmen hätten, bei der Karbidverteilung als Buchhalter angestellt. Die natürliche Folge war, daß Mandel, durch dessen Hände täglich Tausende gingen, sich bald an den ihm anvertrauten Geldern veranriß und damit unter die Rennbahnschleber ging. Obwohl er selbst nur 1500 Mark monatlich verdiente, stellte er eine Privatsekretärin an, der er 1800 Mark Gehalt zahlte. Da nach seiner eigenen Bekaftung bei jener Kriegsgesellschaft nicht nur keine Kontrolle, sondern die grenzenloseste Pöbellichkeit herrschte, war es dem Angeklagten möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Summe von genau 2 1/2 Millionen Mark zu unterschlagen, die er angeblich auf den

Rennbahnen verloren haben will, so daß das Reich, d. h. die Steuerzahler, den vollen Schaden zu tragen haben. — Staatsanwalt Dr. Schott beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der Summe 4 Jahre Zuchthaus, während Rechtsanwält Dr. Schwint um eine Ermäßigung bat, da die Hauptverhandlung diejenige ist, die einen vorbestraften und charakterlich schwachen Menschen auf einen derartigen Vertrauensposten gesetzt hätte. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre Zuchthaus. — Es fragt sich, ob nicht im Interesse der Steuerzahler diejenigen Personen der Verwaltung der Verteilungsstelle hinstellt gemacht werden können, welche in so unverantwortlicher Weise einen schwer vorbestraften Menschen auf einen Vertrauensposten gestellt haben.

### Scharfmachermassnahmen

Neuerdings macht sich die Technische Rottfische sogar das Recht an, Polizeigewalt auszuüben und nimmt Verhaftungen vor. Folgender unglücklicher Vorfall wird gemeldet: Der 20 Jahre alte Arbeiter Alfred B. wurde heute vormittag von dem Sonderkommando der Technischen Rottfische am Inhaber Bahnhof festgenommen und einer Streife der Schutzpolizei übergeben, weil er angeblich Arbeitswillige belästigt und von der Arbeit abzuhalten verläßt.

Ferner sind noch eine Reihe Verhaftungen vorgenommen worden: Der 31 Jahre alte Lokomotivführer Otto E. aus Neutölln wurde am Görlitzer Bahnhof festgenommen, weil er Plakate, die zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten, entfernte. In der Reichelstraße in Neutölln beschlagnahmte die Polizei 90 Flugblätter. Sie enthalten einen Aufruf der R. A. P. D., der zum Generalstreik auffordert. Vor dem Bahnhof Westend wurde der 27jährige Schlosser Paul K. festgenommen, weil er Plakate, die zur Arbeitsaufnahme aufforderten, von den Wänden abriß. Sämtliche Streifende wurden der Polizei zugeführt.

Nachdem mit Wirkung von gestern die Ausnahmeverordnung Oberis aufgehoben ist, sind diese Verhaftungen unzulässig. Diese höchst überflüssigen Scharfmachermassnahmen müssen sofort rückgängig gemacht werden.

Der Magistrat wählte in den Reichsrat Bürgermeister Ritter, zu seinem Stellvertreter Stadtrat Schöning.

Vorträge über Jugendpflege und Jugendpolitik veranstaltet das Bezirksjugendamt Treptow in der Zeit vom 10.—27. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule in Nieder-Schönweide, Berliner Str. 31. Der erste Vortrag über „Aufgaben und Organisation des Jugendamtes“, Referent: Stadtrat Peters, findet heute, Freitag, statt.

Theatervorstellung des Volkshilfskomitees Neutölln im Staatstheater. Am Sonntag, den 12. Februar 1922, nachmittags 2 Uhr, findet im Staatlichen Schauspielhaus, Berlin, Gendarmenmarkt, die zweite diesjährige Theateraufführung mit „Leonce und Lena“ und „Der Diener zweier Herren“ statt. Karten, die aus der Verteilung auscheiden, sind im Bureau des Volkshilfskomitees, Rathaus, Neutölln, Berliner Straße 62-64, Zimmer 257, von 9 bis 2 Uhr, erhältlich. Die Preise für diese Plätze betragen: 1. Rangloge 20,10 M., Orchesterloge 20,10 M., Parkettloge 16,10 M., 1. Rangstiel 18,10 M., Parkett 14,10 M. Da der Verkauf dieser Karten nur in beschränkter Anzahl erfolgt, empfiehlt es sich, mit der Bestellung unverzüglich zu beginnen.

Brennholz für Kartoffelschalen! Das mit Beginn v. J. eingeführte System der Entsammlung von Kartoffelschalen gegen Brennholz hat sich bei der Groß-Berliner Bevölkerung gut eingeführt. Die Hausfrauen sind dadurch in die Lage versetzt, auch aus diesen Abfallstoffen Nutzen zu ziehen und gleichzeitig zur Milderung der Futtermittelknappheit beizutragen. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die besagten Händler an geeigneten Stellen, Wägen, Wärenten usw. Kartoffelschalen gegen Abgabe von Brennholz in Empfang nehmen. Entsprechende Bekanntmachungen werden in diesen Tagen gleichfalls durch Schlichtungsstellen erlassen. Im Interesse der Ernährung der in der Stadt gehaltenen Vögel muß auch die kleinste Menge dieser wertvollen Futtermittel den Sammelstellen zugeführt werden, um die Milchzuegung nach Kräften zu fördern.

Zu der Gasexplosion in Neutölln erfahren wir: Es sind insgesamt vier Arbeiter verletzt worden, davon zwei schwer, und zwar hat der eine einen Schädelbruch, der andere eine Rippenverletzung davongetragen. Diese beiden mußten einem Krankenhaus zugeführt werden. Das Wohnhausgebäude, das sich neben dem Gasföller befindet, wurde ebenfalls stark beschädigt. Der Sachschaden ist erheblich. Die Ursache der Explosion ist vermutlich auf Anlagungsfehler zurückzuführen.

Vom Tode überrascht. In dem Speiselokal von Max Große, Frankfurter Straße 73, brach ein etwa 60 Jahre alter Mann, der dem Arbeiterstande angehören scheint und angeblich wohnungslos gewesen ist, plötzlich tot zusammen. Wie ein Arzt feststellte, hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. — Straßenunfall. Dienstag abend wurde der Arbeiter Karl Lehmann aus Charlottenburg an der Charlottenburger Brücke von einem Kraftwagen überfahren und am Kopfe erheblich verletzt. — Gasvergiftung eines Ehepaars. Gestern abend wurde das Ehepaar Wachtel in seiner Wohnung in der Spreestraße 8 in Charlottenburg mit Gas vergiftet bewußlos aufgefunden. Es gelang, beide wieder ins Leben zurückzurufen.

### Im Wasser

Von Stijn Streuvels

Was dem Himmlichen überlegt von Friedrich Marcus Juchacz (6. Fortsetzung)

Der Weg lief geradeaus auf das Dorf zu; der Hof, wo Boesje wohnte, lag fernab und war nicht zu sehen. An jeder Wirtschaft machte der Zug halt, und wer Lust hatte, sprang hinein und trank auf die Gesundheit und den Frieden und eine lange Dauer des Ehestandes. Vorstand Broeke gab jedesmal das Zeichen zum Weitergehen, und Jan mußte mit: näher und näher kamen sie der Kirche und dem Standesamt.

Am Himmel gleißte die Sonne, und das Gelände dampfte von blauer Feuchtigkeit. Von der Kirche tönte das klingende Glockengeläut, und von überall strömten Leute im Sonntagskutte herbei. Die von der Wasserkrante stapften mit viel Humor ins Dorf und füllten die breite Straße vor dem Gemeindegewand. Jan, Tase, Mutter, Sanders und die Zeugen mußten dort hinein und ihren Namen in das Buch sehen und vor dem Bürgermeister das Jawort sagen.

„Das ist noch nicht weiter ernst“, dachte Jan, als sie fertig waren; ihm schien, daß dies noch keineswegs die Heirat wäre.

Es ging nun im Zug zur Kirche. Das Parzial stand sperrangelweit geöffnet, und die Dorfbewohner drängten sich zum Hochamte. Am Kirchofseingange bildeten die Gäste Spalier, um dem Brautpaare den Vortritt zu lassen. Jan und Tase schritten quer durch das Mittelschiff dem Altar zu, begleitet von zweien der Brüder, von Sander und Sneyer, den Trauzugenen, und ließen sich hier auf Stühlen nieder, die bereitstanden. Die anderen alle begaben sich auf ihren gewohnten Platz linkerhand rückwärts, wo die von der Wasserkrante jeden Sonntag die Messe hören. Die Kirche war gestopft voll, und viele stellten sich auf die Stühle, um das Brautpaar besser zu sehen. Nach dem Hochamte gab der Pfarrer ein Zeichen, daß sie sich nähern und auf den Stufen des Altars niederknien sollten.

„Aus freiem Willen bist du hierher gekommen — keinerlei

Zwang gehorchend — um getraut zu werden — mit Natalia Siepers?“ fragte der Pfarrer Jan.

Jan Herz klopfte, und im Kopf schwindelte es ihm, doch murmelte er ein auswendig gelerntes „Ja“.

Der Pfarrer fragte dasselbe Tase, und sie antwortete gleichfalls mit „Ja“. Jeder einzelne mußte dann noch sprechen, was der Pfarrer ihnen vorlas:

„Ich — Jan Boesje gebe dir — Tase Siepers, die ich hier an meiner Hand halte, meine ehemannliche Treue und empfangen dich als meine gesetzliche Ehefrau vor Gott und der heiligen Kirche.“

Das übrige erfolgte auf lateinisch. Jan tat und sagte alles, was der Pfarrer wollte, und erst als sie aufstanden, um nach der Sakristei zu gehen, küßte Jan, daß er verheiratet und daß Tase, die er neben sich am Arme hielt, für nun und immer seine Frau war. Der Pfarrer wünschte ihnen aufrichtig Glück und Segen; dabei lächelte der brave Mann glücklich, nun er das schuldige Paar endlich gut und recht zusammengegan hatte. Jan sah bleich aus; aber er zwang seine Miene zu einem Lächeln, wie alle die Bräutigame, die er in seinem Leben gesehen hatte. Für ihn war nun alles zu Ende und vorbei; er hatte keine Zeit, an irgend etwas zu denken. Verlegen und unbehaglich lief er im Chor der Kirche, wo er nie gewesen war, auf und ab und zerrte Tase am Arm, um bald wegzukommen.

Ja, Jan und Tase waren nun getraut, und alle Welt war froh und zufrieden. Mutter muckelte und flüsterte Tase jätliche Wörtchen ins Ohr. Vorstand Broeke und Sneyer und Krosje und viele andere Fischer näherten sich auf dem Kirchplatz Jan und schlugen ihm kräftig auf die Schulter; nun gab es wieder einen neuen Fischermeister, der die Wasserkrante mit neuen, kleinen Booles beschenken würde. Orgel und Hölle ließen wieder ihr Lied erschallen, die Fischer wandelten mit Frauen und Mädchen durch die Dorfstraße und hogen dann selbden nach der Scheide — sie brachten einen neuen Housstand mit auf die Wasserkrante, und nun hieß es Hochzeit feiern.

„Saben wir das Paar mit? ...“ „Ja—aaa!“

Die von der Wasserkrante halten bei Festen eine gemeinsame Mahlzeit, denn die Bewohner sind alle untereinander verwandt, und kein Haus wäre groß genug, eine so große Familie an einer einzigen Tafel unterzubringen. Hochzeiten, Begräbnisse, Kirchweih — das feiert man in sämtlichen Wirtschäften, und man ißt, wo immer man zu „ten kriegt.“

Jetzt, da sie wieder diesseits der Scheide waren, küßten sie sich zu Hause, und das Vergnügen begann. Die Häuser waren mit Flaggen und Wägen geschmückt, und von allen Seiten dröhnten die Willkommenschüsse. Im Fährhause wurden die ersten Schoppen Bier geleert. Das war ein Gewirr und ein Herreingedränge, denn ein jeder mit seinem feineren Krug wollte anstoßen mit den Neuwermählten. Die großen Krüge mußten den Kopf bilden, um zur Türe hereinzukommen; sie krochen mit ihren Mädchen tief in die Höhle, schien sich dicht zueinander an die langen Tische, und jeder rief nach Dille, Weize und den Fährmann und verlangte Bier.

Von hier zogen sie Arm in Arm das hohe Ufer hinauf und die Fischerhütten entlang zur „Reerschbloome“. Die ganze Gesellschaft sang das Orgelstück mit.

Die Mittagssonne löhte am blauen Himmelsgewölbe und alle die Häuschen, das weite Land, die Wäsen und Läume standen überklar und prahlten in einem kalten Glanze; der die Augen blendete. Die Burschen umfingen taumelig und dreist die Mädchen bei den Hüften, warfen die Arme in die Luft, schaukelten mit dem Körper und löhten vor Gemisch. Der ganze Zug machte dann und wann plötzlich halt, und alle, hoch auf dem schönen Scheldoufer, sangen an im weiten Reigen zu tanzen. Jan lang und sprang mit den Gefährten. Er wußte sich in ihre jubelnde Ausgelassenheit mit hineingezogen, seine Gedanken wurden unklar, und eine heiße Lust hing ihm zu Kopfe — warum? Danach wollte er jetzt nicht fragen. All das Volk riß ihn mit; er mußte laut rufen und tanzen und schälen und viel, viel Bier trinken — das Morgen lag noch in so weiter Ferne! Zuweilen vergah er, daß er seine eigene Hochzeit feierte.

„Los, Leute! Die Bierkrüge geleert! Schenkt sie wieder voll, Wirt! Ich bezahle“, rief Jan.

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkschaftliches

## Der Dienst bei der Sowjetrepublik

In der Angelegenheit der von uns behandelten Vorfälle in der hiesigen Handelsvertretung der Sowjetrepublik erhalten wir vom Betriebsrat der Vertretung folgende Zusage:

Die Abendausgabe Ihres Blattes vom 1. Februar 1922 enthält eine Notiz „Der Dienst bei der Sowjetrepublik“. Eine Notiz fast des gleichen Inhalts erschien bereits vor zwei Monaten im „Vorwärts“. Wir würden auch diesmal die Angelegenheit mit Stillschweigen übergehen haben, da wir es uns zum Prinzip gemacht haben, auf allerlei Verleumdungen, die gegen uns von verschiedenen Seiten ausgeübt werden, nicht zu reagieren. Der Inhalt Ihrer Notiz jedoch veranlaßt uns, ohne auf die Einzelheiten der von Ihnen geschilderten angeblichen Missetaten einzugehen, folgendes zu erwidern: 1. Der Betriebsrat der Vertretung der R. S. F. S. R. wurde ordnungsgemäß von einer Vollversammlung der Angestellten gewählt; Widerspruch gegen die Wahl ist von keiner Seite erhoben worden; 2. Entlassungen werden ohne Willen des Betriebsrates nicht vorgenommen; 3. die Entlassung der in Frage kommenden Kollegin ist auf ausdrücklichen Wunsch des Betriebsrates (! D. R. d. F.) erfolgt.

Zu der Behauptung, daß bei uns die Interessen der Angestellten mit Füßen getreten werden, sei bemerkt: 1. Arbeitszeit beträgt wöchentlich netto 37 1/2 Stunden 2. als Mindestgehalt für Erwachsene gilt der Satz von 2500 M.; 3. die gesetzlichen Steuerabzüge für die Angestellten deutscher Staatsangehörigkeit wurden bis zum 1. Januar 1922 von der Vertretung der R. S. F. S. R. voll übernommen; künftigen Angestellten wird jährlich ein Urlaub gewährt, und zwar für die Dauer von vier Wochen nach Ablauf eines vollen Dienstjahres.

Wir geben diese Zusage des Betriebsrates der russischen Sowjetvertretung isoliert wieder, obwohl wir nicht einzuleben vermögen, inwiefern die in der Zusage gemachten Angaben über Arbeitszeit, Gehalt und Urlaub der Angestellten die konkreten Anschuldigungen entkräften, die in dem von uns veröffentlichten Bericht enthalten sind. Tatsache bleibt jedenfalls, daß die entlassene Kollegin in ihren Interessen dadurch geschädigt wurde, daß sie monatlang, trotz fortgesetzter Mahnungen, nicht die ihr zustehenden Papiere von der Sowjetvertretung erhielt. Tatsache bleibt ferner, daß eine Regelung der ganzen Angelegenheit trotz eifriger Bemühens der zuständigen Gewerkschaftsorganisation auf dem Wege zünftiger Verhandlung deshalb nicht zustande kam, weil die Sowjetvertretung unverständlicherweise diesen Bemühungen fortgesetzt Schmierarbeiten entgegensetzte. Hätte die Sowjetvertretung der betreffenden Gewerkschaft jenes Entgegen-

kommen und jene Achtung gezeigt, die sie der Interessenvertretung einer proletarischen Massenorganisation schuldig ist, so wäre die ganze leidige Angelegenheit ohne Schwierigkeit aus der Welt geschafft worden.

## Eine Genossenschaftsbank in Amerika

Der geschäftsführende Ausschuss der „Amalgamierter Clothing Workers of America“ - Schneider - hat in seiner Sitzung in Chicago einstimmig beschlossen, sofort die Errichtung einer Genossenschaftsbank in die Wege zu leiten, um den Kredit der 175 000 Mitglieder der Union zu mobilisieren. Präsident Sidney Hisman stellte bei Verkündung dieses Beschlusses fest, daß dieses eine der wichtigsten Unternehmungen ist, die je von einer Gewerkschaft in Amerika ausgeführt wurde, und daß sie nicht nur der Organisation selbst und ihren eigenen Mitgliedern größten Vorteil verspreche, indem sie ihr eigenes Geld unter eigener Kontrolle behalten und produktiv verwerten können, sondern daß auch ganz allgemein die neue Form der Gefahr vorbeugt, die Kapitalisten der Arbeitergewerkschaften den Feinden der Arbeiterschaft auszuliefern.

Sitz der Bank soll Chicago sein, wo 90 000 Mitglieder der Gewerkschaft wohnen. Ein ähnliches Unternehmen, begründet von der Bruderschaft der Lokomotivmaschinen in Cleveland, hat im neuen Jahre über 11 000 000 Dollars angelassen. Glück in Chicago der Versuch, so sollen andere Gründungen an den wichtigsten Plätzen der Bekleidungsindustrie folgen. Vindex.

Angestelltenrat der heimischen Industrie! Die am Freitag, den 3. d. M., nachmittags, von den Angestelltenorganisationen mit dem Arbeitgeberverband der heimischen Industrie, Sektion Ia, in einer kleineren Kommission geführten Tarifverhandlungen haben zu einem gewissen Ergebnis geführt. Die im Dezember vom Arbeitgeberverband freiwillig gezahlten 35 Prozent auf die Oktobergehälter sollen für den Monat Januar tariflich festgelegt werden. Eine weitere Erhöhung für Januar war nicht zu erreichen. Unter dieser Voraussetzung war es möglich, Zuschläge auf die Januargehälter für Februar d. J. in Höhe von 25 Prozent zu erreichen. Die Funktionäre sahen Montag den Beschluß, in den Betrieben über das Verhandlungsergebnis eine Abstimmung vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist unerschütterlich dem AFD-Organisierten Groß-Berlin, N 39 Reinickendorfer Str. 118, einzufenden.

Forderungen der Belegschaft der Reichsdrucker. In drei Betriebsversammlungen nahm die Belegschaft der Reichsdrucker Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die vom

Ministerium geforderte Arbeitszeiterhöhung und Einschränkung des Mitbestimmungsrechts. Die Betriebsvertretung hat den Beweis erbracht, daß sie kein Interesse an einem ernstlichen Konflikt hat. Die Direktion ist aber, ohne irgendeine Verkündung nachzulesen, von der Spitzogenheit abgewichen, bei den tariflichen Zulagen prozentuale Zuschläge zu gewähren und macht die weitere Bezahlung von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig. Die bisherigen Ferien sollen ebenfalls eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Das Mitbestimmungsrecht wird in jeder Weise auf das größtmögliche beschränkt. Die Einstellungen sollen zum Teil nach Vorziffern erfolgen. Die Disziplinordner beurteilen auf das entschiedenste die Haltung des Ministeriums und der Direktion und nehmen keinen Zweifel darüber, daß das Personal nicht mehr gewillt ist, all die Verschlechterungen weiter ruhig hinzunehmen.

## Angestelltenrat in der Berliner Metallindustrie

Die am Donnerstagabend einberufene AFD-Funktionärerversammlung der Metallindustrie nahm mit überwältigender Majorität nachstehende Entschlüsse an:

„Die am 7. Februar 1922 in „Haverlands Festhölzer“ versammelten AFD-Funktionäre der Berliner Metallindustrie halten eine Abstimmung über Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches für unannehmlich. Sie sind der Meinung, daß die Verhandlungen, wie sie vom Reichsarbeitsministerium empfohlen wurden, unverzüglich anzunehmen sind, um keinen weiteren Zeitverlust eintreten zu lassen.“

Das AFD-Organisierte hat sich gemäß diesem Beschluß der Funktionärerversammlung unverzüglich an den V. B. M. J. gewandt und um Aufnahme der Verhandlungen gebeten.

Buchdrucker! Am Sonnabend, den 11. d. M., abends 7 Uhr, Sitzung des Aktionsausschusses bei Faum, Stall-Schreiberstr. 47. Schriftliche Einladung erfolgt nicht. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Anträge zum Verbandstage, welche in der außerordentlichen Generalversammlung am 20. Februar beraten werden sollen, sind bis zum 10. Februar 1922 der Ortsverwaltung einzureichen. — Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die Jahresversammlung findet am 10. Februar, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, statt. Die noch nicht abgeholteten Delegiertenkarten werden am Saaleingang ausgegeben. Die Ortsverwaltung.

Waggonbau Johannisthal. Die Arbeit wird am Sonnabend 6.55 Uhr wieder aufgenommen. Die Lohnzahlung erfolgt am Freitag vormittag 10 Uhr bei Wanzlitz, Treptower Park 27.



# Steins

# enorm billige Volkstage

## Weisses Porzellan mit kleinen Fehlern:

Speiseteller, tief und flach	Stück	6 <sup>00</sup>
Dessertteller	Stück	4 <sup>00</sup>
Kompotteller	Stück	2 <sup>00</sup>
Kuchenteller	Stück	2 <sup>00</sup>
Tassen mit Untertassen	Paar	3 <sup>00</sup> u. 3 <sup>00</sup>
Kaffeekannen	Stück	4 <sup>00</sup> 14 <sup>00</sup> 17 <sup>00</sup> u. 2 <sup>00</sup>
Milchöpfe u. Zuckerdosen	Stück	5 <sup>00</sup> 6 <sup>00</sup> u. 7 <sup>00</sup>

## Porzellan, bunt:

Speiseteller mit Goldrand, tief u. flach	12 <sup>00</sup>
Dessertteller mit Goldrand	9 <sup>00</sup>
Kompotteller mit Goldrand	5 <sup>00</sup>
Tafelservice, feines Porzellan, moderne Formen u. Dekor, 12 u. 16 Personen, 30 Teile	475 <sup>00</sup>
	119 <sup>00</sup>

## Wirtschaftswaren:

Ein Posten Servierbreiter, Eiche extra groß	39 <sup>00</sup>
Sand-Seife-Soda-Garnitur m. Holzgestell	56 <sup>00</sup>
	35 <sup>00</sup>

## Steingut.

Washservice, gelb, Steilig	38 <sup>00</sup> 48 <sup>00</sup>
Washservice, bunt, Steilig	68 <sup>00</sup> 98 <sup>00</sup>
Waschbecken, gelb	Stück 19 <sup>00</sup>
Wasserkanne, gelb	Stück 15 <sup>00</sup>
Vorratsstollen	Stück 5 <sup>00</sup>
Kücheneinrichtungen, bunt, 22-t. Steilig	153 <sup>00</sup> 198 <sup>00</sup> 225 <sup>00</sup>
Näpfe	Stück 19 <sup>00</sup>

## Damen-Bekleidung

Mäntel aus feinen Stoffen	69 <sup>00</sup> bis 89 <sup>00</sup>
Mäntel aus schweren Wollstoffen	198 <sup>00</sup> bis 395 <sup>00</sup>
Kleider	95 <sup>00</sup> bis 395 <sup>00</sup>
Kleiderröcke	69 <sup>00</sup> bis 175 <sup>00</sup>
Uevertziehhosen	158 <sup>00</sup>
Oberhemdblinusen	39 <sup>00</sup> bis 83 <sup>00</sup>
Stoffblusen	45 <sup>00</sup> bis 198 <sup>00</sup>

## Kleiderstoffe

Cheviot reine Wolle, doppeltbreit	Meter 77 <sup>00</sup>
Woll-Körper dopp. ltr., schöne Farb.	Meter 49 <sup>00</sup>
Schotten moderns Muster	59 <sup>00</sup> 39 <sup>00</sup>
Blusenellavell	37 <sup>00</sup> 19 <sup>00</sup>
Blusenstreifen	55 <sup>00</sup> 44 <sup>00</sup>
Rockstreifen	145 <sup>00</sup>
Kostüm-Stoffe	165 <sup>00</sup> 9 <sup>00</sup>

## Schuhwaren

Herren-Stiefel derbe Ausführung	138 <sup>00</sup>
Herren-Stiefel Rindbox und Roll-Oberr.	250 <sup>00</sup>
Herren-Stiefel Rindbox, moderne Formen	295 <sup>00</sup>
Damen-Lackbesatz-Stiefel	129 <sup>00</sup>
Damen-Rindbox-Stiefel	198 <sup>00</sup> 179 <sup>00</sup>
Damen-Rindbox-Schuhe	69 <sup>00</sup>
Damen-Halbschuhe mit Spange	98 <sup>00</sup>
Damen-Halbschuhe mit u. ohne Lack	118 <sup>00</sup>
Damen-Halbschuhe mit Lackkappe	178 <sup>00</sup>
Damen-Segelstich-Schuhe	79 <sup>00</sup>
Kinder-Stiefel Größe 18-22	39 <sup>00</sup>
Kinder-Stiefel Lackkappe Größe 22-24	69 <sup>00</sup>
Kinder-Segelstich-Schuhe, Gr. 18-22	33 <sup>00</sup>
Damen-Leder-Spangen-Hausschuhe	69 <sup>00</sup>

## Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit breitem Stickerei- Ansatz	49 <sup>00</sup>
Damen-Hemden mit Ein- und Ansatz aus bestem Stoff	69 <sup>00</sup>
Damen-Hemden mit gesticktem Bumpf	79 <sup>00</sup>
Damen-Hemden reich geziert, aus feinem Wollstoff	98 <sup>00</sup>
Knie-Beinkleider offene und geschlossene Form	69 <sup>00</sup>
Damen-Nachthemd kimonoform mit gesticktem Koppf	13 <sup>00</sup>
Damen-Nachthemd m. reich. Stick., Garn aus feinem Reinfleisch	175 <sup>00</sup>
Unterhosen mit bestem Stickerei Ansatz	36 <sup>00</sup>
Prinzess-Röcke mit breit. Stickerei- Ansatz	14 <sup>00</sup>
Herren-Taghemden	98 <sup>00</sup> 1 <sup>00</sup>
Korsette weite, reizende Form	46 <sup>00</sup>
Korsette Dreil. Frackform. mit guten Schnitt, in feinst. Verarbeitung	49 <sup>00</sup>
Korsette Dreil. Frackform. mit guten Schnitt, in feinst. Verarbeitung	69 <sup>00</sup>
Wiener Schürzen	49 <sup>00</sup> 39 <sup>00</sup>

## Wäschestoffe

Herdenluch 80 cm breit, prima	22 <sup>00</sup> 18 <sup>00</sup>
Croisé- u. Pikee-Barchent 100 cm breit, prima	26 <sup>00</sup> 22 <sup>00</sup>
Louisianafach 140 cm breit	59 <sup>00</sup>
Linon prima, für Bestige	69 <sup>00</sup>
Laken Dowlas, 144 cm breit	58 <sup>00</sup>
Hemden-Flanelle	19 <sup>00</sup>
Bettbezüge	139 <sup>00</sup> 39 <sup>00</sup>

## Gardinen

Erbsen- Stores	Stück 98 <sup>00</sup>
Künstler-Gardinen	180 <sup>00</sup>
Gardinen schmal	10 <sup>00</sup>
Tuchdecken rot und grün	100 <sup>00</sup>
Schl-Decken prima Qual.	205 <sup>00</sup>
Lärforstoff 17 cm breit	39 <sup>00</sup>
Ziegenfell weiß u. farbig	165 <sup>00</sup>

## Herrenartikel

1 Posten Herren-Hüte in modernen Formen und Farben	49 <sup>00</sup>
1 Posten Selbstbinder	13 <sup>00</sup>
1 Posten Strick-Krawatten	9 <sup>00</sup>
1 Posten Herren-Servietten	7 <sup>00</sup>
1 Posten Herren-Sportkragen	8 <sup>00</sup>
1 Posten Herren-Hosenträger	19 <sup>00</sup>

## Strümpfe

Damen-Strümpfe	9 <sup>00</sup>
Damen-Strümpfe	16 <sup>00</sup>
Damen-Strümpfe	1 <sup>00</sup>
Herren-Socken gestrickt in grau	5 <sup>00</sup>
Herren-Schweiß-Socken	13 <sup>00</sup>
Kinder-Strümpfe	16 <sup>00</sup> 36 <sup>00</sup>

## Trikotagen

Normal-Hemden prima Qualität	79 <sup>00</sup>
Normal-Hosen alle Größen	69 <sup>00</sup>
Herren-Mako-Einsatz-Hemd	78 <sup>00</sup>
Normal-Kinder-Trikots	18 <sup>00</sup>
Futter-Normal-Trikots	37 <sup>00</sup>
Arbeiter-Hemden	19 <sup>00</sup>

## Handarbeiten

Taschentücher gestickt, Madras	7 <sup>00</sup>
Tabletdecken	4 <sup>00</sup>
Nachtschdecken	12 <sup>00</sup>
Kissen	18 <sup>00</sup>
Beltstreifen	11 <sup>00</sup>
Kissenecken	14 <sup>00</sup>

## Verschiedenes

Stickerei schmal	6 <sup>00</sup>
Waschtüch 120 cm breit, weiß	24 <sup>00</sup>
Unterrock-Volants waschbar	19 <sup>00</sup>
Kopfschals Kunstseide, beige	29 <sup>00</sup>
Schleier	9 <sup>00</sup>
Druckköpfe	1 <sup>00</sup>

# Warenhaus Wilhelm Stein

BEF IN N 39  
Chausseestraße 20-21